



Raum für Ideen schaffen - Überzeugungen klar vertreten!

Grundsatzprogramm
der Jungen Union Deutschlands

Beschlossen auf dem Deutschlandtag der Jungen Union vom
5. bis 7. Oktober 2012 in Rostock

Inhalt

1. Präambel – Unser Menschenbild	1
2. Einheit in Vielfalt: Heimat in Nation und Europa	5
Heimat	5
Nation	7
Europa	9
3. Bildung	12
4. Außen- und Sicherheitspolitik.....	16
5. Innere Sicherheit und Rechtsstaat.....	18
Innenpolitik.....	18
Rechtsstaat.....	20
6. Kultur	21
7. Sport.....	22
8. Netzpolitik und Neue Medien	22
9. Generationengerechtigkeit und Demographischer Wandel	25
10. Familie.....	27
11. Energie	28
12. Umwelt.....	31
13. Wirtschaft und Arbeitsmarkt	33
Wirtschaft	33
Arbeitsmarkt	36
14. Finanzen und Steuern.....	38
15. Sozial- und Gesellschaftspolitik.....	40
Sozialpolitik.....	40
Gesellschaftspolitik	41
Inklusion von Menschen mit Behinderung	42
16. Integration	43
17. Föderalismus	45
18. Kommunales	46
19. Verkehr und Infrastruktur.....	47
20. Ländliche und städtische Räume	48
21. Landwirtschaft.....	49
22. Große Städte	50
23. Epilog	52

1. Präambel – Unser Menschenbild

Die Junge Union Deutschlands ist eine eigenständige und selbstbewusste politische Organisation, deren Wertevorstellungen christlich-sozial, konservativ und liberal geprägt sind. Das christliche Menschenbild ist zeitlos Grundlage unseres Handelns und gibt unserer politischen Arbeit Sinn und Richtung. In einer freien und demokratischen Gesellschaft, die sich durch eine Vielzahl an Möglichkeiten und Lebensentwürfen auszeichnet, wollen wir Verantwortung übernehmen, damit junge Menschen Anteil an der Gestaltung der Zukunft haben und sich frei entfalten können. Wir werben um die Mitarbeit jedes jungen Menschen, der sich diesen Zielen verpflichtet fühlt. Jeder, der unsere Werte teilt, ist bei der Jungen Union willkommen.

Die Deutschen haben 1989/1990 erfahren, dass durch Überzeugungen und unbeirrtes Engagement für Demokratie und Freiheit Mauern fallen und festgefügte Strukturen in neue Chancen verwandelt werden können. Politik kann nicht alles, aber doch vieles verändern. Dies gibt uns Mut, neugewonnene Freiheit entschlossen und mit Augenmaß zu gestalten. Die Sehnsucht der Bürger in der ehemaligen DDR nach Freiheit, symbolisiert durch friedlichen Protest, zeigte eindrucksvoll, wie stark der Wille nach freier Gestaltung der eigenen Lebensumstände sein kann. Neue Formen von Individualität sind ohne Zweifel eine Bereicherung. Zugleich ist spürbar, dass sich die Gesellschaft vermehrt in Einzelinteressen aufsplittert. Gemeinsame und immer gültige Werte wie Nächstenliebe, Menschlichkeit, Ehrlichkeit, Verlässlichkeit und Respekt vor der Person aber waren und sind es, die die Basis für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bilden. Diese drücken sich für unseren Staat im Grundgesetz, seinem fundamentalen Schutz der Menschenwürde und der Meinungs-, Presse-, Glaubens-, und Bekenntnisfreiheit aus.

Nach dem 2. Weltkrieg in weiten Teilen zerstört und moralisch am Boden hat unser Vaterland seinen Platz in der westlichen Staatengemeinschaft gefunden. Eingebettet in die europäische Partnerschaft dient die jüngere Geschichte unseres Landes, geprägt durch die Erfahrung, mit Zurückhaltung aber auch gesundem Selbstbewusstsein eine wichtige Stimme für Frieden und Freiheit in der Welt geworden zu sein, heute als Beispiel für viele Staaten der Erde. Unser politisches System ist das bei weitem demokratischste und partizipativste Modell, das jemals auf deutschem Boden existierte. Die Ausgestaltung der parlamentarischen, administrativen und gerichtlichen Entscheidungsprozesse ist Ausdruck von Rechtsstaatlichkeit sowie Mitbestimmung und auf

Akzeptanz und Konsens angelegt. Gerade in einer globalisierten Welt haben unsere Werte und Maximen - Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität - und die Strukturen, in denen sie Ausdruck finden, Strahlkraft und Vorbildcharakter. Auf diese Entwicklung können wir stolz sein. In einer Zeit, in der Länder ohne demokratische Traditionen und Erfahrungen Erfolge aus ökonomischer und geostrategischer Perspektive verzeichnen, kommt der Besinnung auf unsere eigenen Werte ein ganz besonderer Stellenwert zu. Demokratie lebt dabei von Beteiligung, aber auch von der Berücksichtigung des Mehrheitsprinzips.

Wir stellen in allen Generationen ein zunehmendes Desinteresse fest, längerfristig und mit Verantwortung ehrenamtlich in Organisationen oder Parteien mitzuarbeiten. Bei Themen, die kurzfristig für Aufregung sorgen, ist die Bereitschaft zur Mitwirkung dagegen deutlich höher. Eine der Aufgaben der Jungen Union Deutschlands ist es, dieser Entwicklung bei jüngeren Menschen entgegenzuwirken und sporadisches in dauerhaftes Engagement zu überführen. Wir wollen die Bereitschaft zu konstantem Einsatz für das Gemeinwohl erneuern und an das Gemeinschaftsgefühl aller Bürger in Deutschland appellieren, mehr zu tun, als sie tun müssten. Neben dem Ausbau qualifizierter Bildungsangebote kommt dem Internet dabei eine Schlüsselrolle zu. Die dort vorhandenen und noch zu etablierenden Mitsprachemöglichkeiten wollen wir nutzen, um auch bei jenen für unsere Ideen zu werben, die von bestehenden Organisationsstrukturen abgeschreckt sind. Die Junge Union Deutschlands plädiert für ein offenes Netz, das die Menschen verbindet. Offenheit ist ein elementarer Bestandteil von Freiheit, die aber im Netz erst durch persönliche Verantwortung ihre demokratische Wirkung entfalten kann.

Die Gegenwart zeigt zudem, dass sich die Grenzen dessen, was für moralisch vertretbar gehalten wird, permanent verschieben. Wir halten gerade deshalb in Fragen des Lebensschutzes auch weiterhin daran fest, dass der Mensch nicht alles tun darf, was technisch möglich ist. Dies gilt besonders für den Beginn, als auch für das Ende des Lebens. Wer das christliche Menschenbild ernst nimmt, darf keine ethischen Wälder zulassen, deren Wirkungsbereiche sich im Hinblick auf Eingriffe in die Schöpfung beständig ändern. Für die christlichen Werte einzutreten bedeutet, Traditionen zu bewahren und gleichzeitig Fortschritt zu integrieren. Dazu gehört für uns in einer zunehmend säkularen Umgebung auch der Schutz des Sonntags, der christlichen Feiertage und christlicher Symbole im öffentlichen Raum. Nichtsdestoweniger tritt die

Junge Union für eine Trennung von Staat und Kirche ein, ohne die zentrale Rolle von Religionsgemeinschaften für unsere Gesellschaft zu verkennen.

Die Familie als Keimzelle der Gesellschaft zu fördern und zu schützen, hat für uns oberste Priorität. Die Zukunft liegt in der stärkeren Fokussierung auf familiäre Werte, wie dem Zusammenhalt der Generationen und dem füreinander Einstehen. Es ist daher gut, wenn sich junge Menschen für die Bindung in Ehe und Familie entscheiden. Vertrauen, Wärme und Schutz, wie sie besonders die Familie bieten kann, sind unverzichtbar.

Wenn wertegebundene Politik ernst gemeint wird, muss die Freiheit kommender Generationen eine sehr viel größere Rolle spielen als bisher. Generationenübergreifende Bündnisse basierend auf Solidarität und Respekt im Hinblick auf Reformen der sozialen Sicherungssysteme, aber auch im bildungspolitischen Bereich, sind daher nicht nur wünschenswert, sondern existenziell.

Freiheit in Verantwortung heißt, die individuellen Lebensentwürfe mit Sinn für die Gemeinschaft in Familie und Staat zu bereichern. Gemeinsam sind wir stolz darauf, was Generationen zuvor erreicht haben. Die Junge Union sieht es als ihre Aufgabe an, dass unsere Kinder gleiches von uns sagen werden können. Wachstum und Wirtschaftskraft, soziale Gerechtigkeit und Leistungsgedanke, aber vor allem Freiheit und Sicherheit als elementare Menschenrechte müssen jeden Tag neu verteidigt und erarbeitet werden. Auch Eigentum ist geronnene Freiheit und aus diesem Grund rechtlich besonders zu schützen. Als Grundrecht steht es nicht zur Disposition von Staat und Gesellschaft. Zugleich gilt für uns der Grundsatz der christlichen Soziallehre: Eigentum verpflichtet. Denn Eigentum dient gleichermaßen Einzel- wie Gemeinwohl.

Niemand kann garantieren, dass es den Menschen in hundert Jahren besser oder genauso gut wie in der Gegenwart ergehen wird. Der Jungen Union kommt deshalb die Aufgabe zu, die Politik unseres Landes nicht einfach nur hinzunehmen, sondern mitzuprägen. Diesem Anspruch folgen wir im ehrenden Gedenken an die JÜler in der Sowjetische Besatzungszone, die allen Widrigkeiten zum Trotz die Fahne der Jungen Union und der Freiheit bis zum Verbot am 26. Januar 1948 in der Diktatur aufrecht hielten. Die Erinnerung an die mutigen Mitglieder von einst werden wir wachhalten und erinnern zugleich an das jahrzehntelange und bis heute fortgeführte Engagement der JU in

Deutschland anlässlich der Jahrestage des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 und des Mauerbaus am 13. August 1961.

Ein Blick in frühere Programme und Beschlüsse zeigt: Die Sicht auf Dinge ändert sich. Neue Fragen brauchen neue Antworten. Jene Werte aber, die auf dem christlichen Menschenbild fußen, wollen wir schützen und verteidigen. Dazu gehört das Bekenntnis, dass die Bundesrepublik ein demokratischer, föderaler und sozialer Rechtsstaat ist. Das Streben nach Glück und die Selbstverwirklichung des Menschen sind für uns nur in einer freien, offenen und solidarischen Gesellschaft denkbar. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Großeltern, Eltern und Kinder in Wohlstand leben und alle Chancen ergreifen können. Die dem Menschen gegebene Unvollkommenheit zu respektieren, gehört für die Junge Union ebenso zu ihren Grundsätzen, wie der Anspruch, die Verhältnisse in Deutschland, Europa und der Welt mit Mut und Augenmaß zu verbessern. Bei dieser Anstrengung darf keine Generation im Abseits stehen. Nur gemeinsam wird es gelingen, unsere Zukunft so zu gestalten, dass sich jeder, der in unserem Land lebt, als vollwertiges Mitglied unserer Gesellschaft sehen kann.

Die Junge Union gibt sich in diesem Geist ein Grundsatzprogramm als Richtschnur für ihr politisches Handeln in den kommenden Jahren und Jahrzehnten. Wir bekennen uns zum Anspruch, weiterhin Motor christlich-demokratischen und christlich-sozialen Gestaltungswillens zu sein und haben Vertrauen, dass Gottes Hilfe unseren Weg begleiten wird.

2. Einheit in Vielfalt: Heimat in Nation und Europa

Heimat

Unsere Identität ist ohne unsere Kultur, Sprache und Geschichte nicht zu erklären. Auch unsere Zukunft wird wesentlich durch Kultur und Geschichte beeinflusst. Heimat und Nation sind für uns nichts Beliebiges, sondern von besonderer Bedeutung für unser Selbstverständnis. Die Zugehörigkeit zu unserer Heimat, zu unserer Nation und zu Europa ist Bestandteil unserer Identität.

Der Begriff der Heimat umfasst den Ort, der uns unverwechselbar macht und uns individuell geprägt hat. Jeder hat eine ganz eigene Heimat und doch bedeutet der Begriff für viele das Gleiche: Lebensverhältnisse, Familie, Land und Leute, Natur, Kultur und Religion prägen uns und unsere Entwicklung bewusst oder unbewusst von Kindertagen an. Aus dieser Prägung heraus wachsen Bindungen, die für ein ganzes Leben gelten, sei es zu einem Ort, einer Region oder aber zu einer besonderen Gruppe von Menschen. Diese Bindung drückt sich in Heimatliebe und dem Gefühl von Geborgenheit aus. Heimat bedeutet räumliche, soziale wie auch gedankliche Identität des Menschen. So kann auch ein Verband oder eine Partei mit klaren Standpunkten und einer Wertebasis im demokratischen Spektrum Heimat für Mitglieder sein.

Emotionale, familiäre und persönliche Bindungen zur Heimat bleiben meist ein Leben lang bestehen. Davon zeugt das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen und ihrer Nachkommen in Deutschland. Die Bewahrung und Fortentwicklung der Kultur der ehemaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebiete in der Bundesrepublik findet unsere Unterstützung. Sie ist ein Ausdruck von Heimatliebe und sie ist unser gemeinsames Bekenntnis zur Geschichte aller Deutschen in Mittel- und Osteuropa. Heute ist die Heimat der Vertriebenen zur Heimat der dort Lebenden geworden. Neue Generationen haben sich Existenzen aufgebaut. Sie führen in immer stärkerem Ausmaß das Bewusstsein der ehemals deutsch geprägten Regionen in neuer Weise fort. Zusammen mit den Heimatvertriebenen und mit den Heimatverbliebenen, den deutschen Minderheiten, lebt hier ein besonderer Teil europäischer Kultur weiter. Das deutsche Erbe ist kein Hindernis, sondern dient beiden Seiten für den Brückenbau zwischen den Kulturen. Im Sinne der Verständigung in Europa unterstützt die Junge Union daher auch in Zukunft die Zusammenarbeit mit Verbänden und Landsmannschaften der Heimatvertriebenen. Und wir setzen uns für die kulturelle und sprachliche Förderung der deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa ein. Diese besondere Verpflichtung

empfinden wir auch gegenüber den Aussiedlern und ihren Nachkommen. Sie sind uns herzlich willkommen. Wir wissen, ihre Lebenssituation braucht besondere Integrationsprogramme und eigene politische Ansprechpartner im Bund und in den Ländern.

Heimat ist wichtig, um im Zeitalter der Globalisierung keinen Identitätsverlust zu erleiden. In einer schnelllebigen, globalen Gesellschaft mit häufig wechselnden Arbeits- und Wohnorten wünschen sich viele Menschen einen Hort der Ruhe, einen Ort an dem sie sich wohl und geborgen fühlen: ein Zuhause. Die moderne, internationale Welt ist aber auch durch ein Gefühl des Individualitätsverlusts, der Gleichheit und der Ohnmacht gegenüber großen und anonymen Strukturen geprägt. Der Einzelne verliert sich im Geflecht des großen Ganzen. Heimat kann dem Verlangen nach Unverwechselbarkeit als Grundlage dienen. Wir erfahren die regionalen und landschaftlichen Unterschiede in unsere Heimat als unverzichtbare Bereicherung. Deswegen fördern wir die deutschen Dialekte und Regionalsprachen wie Plattdeutsch, zugleich die anerkannten Minderheitensprachen der Sorben, Friesen, Dänen, Roma und Sinti. Die Einzigartigkeit von Brauchtum und Kultur, von Land und Leuten ist etwas, das man in dieser Form nur in der Heimat findet. Deswegen ist es umso bedeutender zu wissen, wo dieser Ort ist und welche Bedeutung er für den Einzelnen ausübt. Die Junge Union setzt sich insbesondere auch für den Erhalt der deutschen Sprache als das zentrale Medium unserer Kultur ein.

Heimat ist für viele selbstverständlich: Wir sollten ihr dennoch etwas zurückgeben sowie Heimatgefühl und Verbundenheit fördern. Kulturprogramme, Vereine und Freiwilligenarbeit leisten vielerorts ihren Teil zu einer lebenswerten, sich ihrer Traditionen bewussten Republik. Brauchtums- und Heimatpflege, Freiwilligen- und Vereinsarbeit finden unsere Unterstützung. Sie müssen aktiv durch den Staat gefördert werden, da sie zugleich Ausdruck einer modernen und lebendigen Bürgergesellschaft sind. Insbesondere im ländlichen Raum wird der Heimatgedanke aktiv gelebt und bedarf aufgrund des demographischen Wandels einer besonderen öffentlichen Unterstützung. Die Förderung der ländlichen Räume und besonders der Metropolen und Großstädte, ist daher notwendig, um Bindungen an die Heimat zu ermöglichen und der zunehmenden Anonymisierung entgegenzuwirken. Zur Förderung des Heimatgefühls gehört auch Bürgerbeteiligung. Diese ist vom Staat ausdrücklich gewollt. Nur wer verstanden und einbezogen wird, fühlt sich auch wohl und zu Hause. Wer bewusst partizipiert, der baut nicht nur eine Beziehung auf, er lebt sie auch. Wer Heimat bewahren will, muss

sich zur Subsidiarität bekennen. Trotz unterschiedlicher Kulturen innerhalb Deutschlands sind wir eine im Glück vereinte Nation. Heimat definiert sich zuerst immer im Kleinen. Deswegen muss die Entscheidung auch bei den Bürgern und Kommunen liegen, wenn es darum geht, Tradition und Kultur, also den Heimatgedanken, fortleben zu lassen. Der Erhalt und Stärkung von kleinen Einheiten, dörflichen, bürgernahen und kommunalen Gemeinschaften ist deshalb für uns ein wichtiges Ziel. Dabei ist die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand, zum Beispiel bei der Erbringung von Dienstleistungen, mit zu beachten.

Nation

Was die Heimat im Kleinen ist, ist die Nation im Großen. Nationen gründen sich auf einem historisch gewachsenen politischen Zusammengehörigkeitsgefühl. Fixpunkte des Selbstverständnisses einer Nation sind die gemeinsam erfahrene Geschichte, die Abstammungs-, Sprach- und Kulturgemeinschaft. Aus dieser gemeinsamen Erfahrung leiten wir als deutsche Nation eine Leitkultur ab, die auf der deutschen Sprache, der Anerkennung von Menschen- und Bürgerrechten, dem demokratischen Verfassungsstaat und dem christlichen Menschenbild gründet. Diese Leitkultur ist etwas Verbindendes. Sie stiftet die Identität unserer Nation. Die Leitkultur schließt Zuwanderung ausdrücklich ein und hat nichts mit Ausgrenzung oder geschlossenen Grenzen gemein. Gerade in Zeiten des vereinfachten globalen Umzugs und der wirtschaftlichen Stabilität der Bundesrepublik stellt unser Land ein beliebtes Einwanderungsland dar. Zuwanderer sind insbesondere Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte und somit auch Teil unserer Identität. Von Bedeutung ist dabei, die eigene Identität im Sinne unserer Leitkultur nicht zu vernachlässigen oder gar zu verlieren. Daher sprechen wir uns dafür aus, Deutsch als Staats- und Nationalsprache fest im Grundgesetz zu verankern. Unsere Absicht ist es, den nationalen Zusammenhalt zu stärken und integrationswillige Menschen voll und ganz in die Gemeinschaft einzubinden. Gegenseitiger Respekt und Akzeptanz der unterschiedlichen kulturellen Herkunft und Religionen bedingen die Integration.

Wir setzen uns für einen aufgeklärten Patriotismus in Deutschland ein, der bewusst in Abgrenzung zu nationalistischem Gedankengut steht. Ein gesundes Maß an Patriotismus ist Teil einer jeden kulturellen Entwicklung und damit auch Teil der Bundesrepublik Deutschland. Wir wollen den nationalen Zusammenhalt aktiv stärken und dazu beitragen, dass sich Menschen über die Annahme der Staatsangehörigkeit hinaus an

Deutschland binden und in unsere Gemeinschaft eingebunden werden. Dazu gehört auch die sichtbare und dauerhafte Beflagung aller öffentlichen Gebäude.

Da Nationen vor allem historisch gewachsen sind, bilden sie auch eine Erinnerungsgemeinschaft. Europa ist durch das christlich-jüdische Erbe, der griechisch-römischen Antike und von den Ideen des Humanismus und der Aufklärung geprägt. Auf Basis dessen blicken alle Länder des Kontinents auf ähnliche Herausforderungen und haben sich in der Wertegemeinschaft der Europäischen Union zusammengeschlossen. Denn das, was wir historisch erfahren haben, ist Teil unserer kollektiven Identität. Deshalb braucht jede Nation und Gesellschaft Erinnerung, um sich ihrer selbst zu vergewissern. Nur wer Geschichte wach hält, kann Lehren für die Zukunft ziehen. In der deutschen, aber auch der europäischen Erinnerungskultur sind die beiden Weltkriege, Nationalsozialismus und Holocaust, Flucht und Vertreibung sowie die Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) von besonderer Bedeutung.

Den größten Raum nimmt dabei die Erinnerung an Nationalsozialismus und die Anerkennung der Singularität des Holocaust ein. Das Gedächtnis an die nationalsozialistischen Verbrechen, denen Millionen von Menschen zum Opfer gefallen sind, ist Teil unseres politischen Selbstverständnisses und hat einen besonderen Stellenwert in unserer Erinnerungskultur. Auch wenn wir als junge Generation keine Schuld für die nationalsozialistischen Verbrechen auf uns genommen haben, fühlen wir uns dafür verantwortlich, dass Menschenfeindlichkeit und Totalitarismus, Rassismus und Antisemitismus, kommunistische und nationalistische Diktaturen, Krieg und Gewalt in Deutschland und darüber hinaus keine Chance mehr haben. In Deutschland wird auf vielfältige Weise an das Unrecht der NS- und SED-Diktaturen erinnert. Verschiedene Stiftungen, Gedenkstätten, Vereine und weitere Initiativen unterstreichen das Bemühen um eine in der Gesellschaft breit verankerte Erinnerungskultur. Diese Institutionen und Initiativen unterstützen wir, weil sie die Erinnerung an das Unrecht, begangen im Namen der Nationalsozialisten und der Kommunisten, wach halten. Auch positive Aspekte gehören zu unserer Erinnerungskultur. Wir müssen die Erinnerung an die vielen mutigen Frauen und Männer, die der NS-Diktatur in Deutschland und in den besetzten Gebieten Widerstand geleistet und dies oft mit ihrem Leben bezahlt haben, hochhalten. Wichtiger Bestandteil unseres kollektiven Bewusstseins sind auch die friedlichen Proteste gegen das „DDR“-Regime, welche zum Fall der SED-Herrschaft geführt haben und die Proteste in anderen Staaten des damaligen Warschauer Paktes,

sowie letztlich die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und des gesamten Kontinents. All dies wäre nicht möglich gewesen ohne Menschen, die ihr Selbstbestimmungsrecht und den Einsatz für andere über ihr eigenes Leben gesetzt haben. Die europäische Idee als Bollwerk gegen Unfreiheit und Despotie zu verteidigen und voranzutreiben ist nicht nur in unserem Interesse, sondern ein unumkehrbarer Fortschritt in der Geschichte. Die Geschichte unseres Vaterlandes ist für uns jedoch mehr als die Diktaturen und menschenverachtenden Regime von NSDAP und SED im 20. Jahrhundert. Ein gesunder und reflektierter Patriotismus muss auch die eigene Geschichte differenziert betrachten können. Deutschland ist das Land der Dichter und Denker, Deutschland ist reich an jahrhundertealter Kultur und Geschichte, Deutschland kann stolz auf den historischen Beitrag zur Aufklärung und zur geistigen Entwicklung Europas sein.

Europa

Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft, die auf der Verbundenheit der europäischen Staaten als Erbe des christlich-jüdischen Abendlandes und auf dem Fundament der Menschen- und Bürgerrechte fußt. Sie gewährleistet den Bürgern in allen Mitgliedsstaaten Frieden, Freiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit und Wohlstand. Gegenseitiges Vertrauen und Solidarität untereinander sind dabei unabdingbar für die europäische Integration. Die Überwindung von Krieg und Zerstörung hin zu einem über 50-jährigen friedlichen Zusammenleben verschiedener Nationen auf dem europäischen Kontinent ist der zentrale Wert der Europäischen Einigung. Daneben bietet der europäische Einigungsprozess uns heute zahlreiche weitere Errungenschaften, wie das Schengen-Abkommen, den gemeinsamen Binnenmarkt, die Reisefreiheit, den Euro als Gemeinschaftswährung und die gemeinsame Rechtsetzung. All diese Bausteine eines gemeinsamen Europa können nicht genug wertgeschätzt werden. Die Junge Union bekennt sich zur Souveränität Deutschlands in einem vereinten Europa. Wir stehen nach wie vor zu der Idee eines europäischen Verfassungsvertrages. Denn eine Verfassung ist der symbolische Ausdruck und das rechtliche Fundament einer dauerhaften Wertegemeinschaft. Eingeleitet werden muss diese künftige Verfassung mit Gottesbezug als Ausdruck zeitloser und unveräußerlicher Wahrheiten.

Unsere Generation hat, wie keine andere Generation zuvor, Grund, dankbar zu sein für die Erfolge der Europäischen Integration: ein Zeitalter des Friedens und der Freiheit, der offenen Grenzen und der Völkerverständigung. Gerade junge Menschen profitie-

ren von der transnationalen Zusammenarbeit in Bildung und Forschung. Diese Austausch- und Bildungsprogramme müssen konsequent ausgebaut werden.

Unsere Aufgabe ist es, für den Erhalt der Europäischen Union einzutreten und darüber hinaus ihre Weiterentwicklung hin zu einer echten politischen, gesellschaftlichen und identitätsstiftenden Union vorantreiben. Dazu gehört, dass die Konstruktion "EU" immer weiter verbessert wird. Jedes europäische Land muss durch Reformen regionale Kompetenzen aufbauen und eigene Standortvorteile schaffen. Dazu kann eine starke europäische Gemeinschaft Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Geld ersetzt jedoch langfristig keine Wettbewerbsvorteile. Das Subsidiaritätsprinzip, das mit dem Vertrag von Lissabon noch einmal gestärkt werden sollte, muss tatsächlich beherzigt werden: Die Europäische Union soll nur dann tätig werden, wenn die Mitgliedstaaten oder deren Länder und Kommunen ein angestrebtes Ziel nicht genauso gut verwirklichen können. Dazu sollen uns die Europaregionen (Euregios) als Vorbild dienen. Hier wird im Kleinen ausprobiert und verwirklicht, was im Großen angestrebt werden soll.

Um die Zukunft Europas zu sichern, sehen wir konkrete Handlungsfelder. So fordert die Junge Union eine schärfere Kontrolle der Aufnahmekriterien für zukünftige EU-Länder. Hierzu müssen strengere und umfassendere Prüfungen im Vorfeld der Beitrittsverhandlungen vorgenommen werden. Die finanzielle und damit verbundene politische Stabilität darf als Kriterium einer Euro-Mitgliedschaft nicht zur Disposition stehen. Darüber hinaus sind Rechtsstaatlichkeit sowie die Wahrung von Demokratie und Menschenrechten unumstößliche Grundvoraussetzung für einen Beitritt zur Europäischen Union. Eine weitere Harmonisierung in den Politikfeldern Wirtschaft und Finanzen innerhalb der Eurogruppe ist grundsätzlich positiv zu bewerten.

Nachbarländer der EU wie die Türkei sind enge wirtschafts- und sicherheitspolitische Partner der Europäischen Union. Wir müssen diesen Ländern attraktive Angebote zu einer ausgeprägten, freundschaftlichen Zusammenarbeit in diesen Bereichen machen. Eine EU-Vollmitgliedschaft von Staaten, die kulturell, politisch und wirtschaftlich nicht unserem Leitbild der Europäischen Union entsprechend, lehnen wir ab. Die Länder des Balkans sollten langfristig Mitglied der EU werden.

Europa muss in der Außenpolitik mit einer Stimme sprechen und benötigt eine vertiefte gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Finanz- und Steuerpolitik.

Ein Schritt hierzu muss die Selbstverpflichtung aller EU-Mitgliedsstaaten sein, künftig diplomatische Anerkennung neuer Staaten nur gemeinsam und gleichzeitig vorzunehmen. Es gilt, eine neue Vision für das Europa von morgen zu schaffen und die Bürger in allen Mitgliedsstaaten der Union dafür zu begeistern. Dazu muss Europa ein Gesicht gegeben werden. Die Junge Union setzt sich für die Stärkung des EU-Parlaments ein. Dies umfasst die Ausstattung des Parlaments mit der Möglichkeit zur Gesetzesinitiative sowie die Bestätigung oder Ablehnung der einzelnen Mitglieder der EU-Kommission. Die Mandatsverteilung im Europäischen Parlament, das stärker als bisher mit demokratischen Vollmachten ausgestattet werden soll, muss zudem endlich die Bevölkerungsstärke der Mitgliedsländer widerspiegeln, zugleich darf die Gesamtgröße des Parlaments nicht ewig weiter vergrößert werden. Selbiges gilt für den Europäischen Rat. Der Rat der Europäischen Union soll zu einer zweiten Kammer, ähnlich dem Bundesrat, weiter entwickelt werden.

Zugleich ist es endlich an der Zeit, Deutsch als die am meisten gesprochene Muttersprache innerhalb der EU als völlig gleichberechtigte Arbeitssprache neben Englisch und Französisch gesetzlich festzuschreiben. Uns ist die sprachliche Vielfalt als Ausdruck eines pluralistischen Europas wichtig. Mehrsprachigkeit, insbesondere bei jungen Menschen, muss stärker gefördert werden. Wir wollen eine gesamteuropäische Öffentlichkeit fördern. Dies gelingt am besten mit kleinen Schritten, durch den Ausbau des Jugendaustausches, die Förderung von Städte- und Regionspartnerschaften, aber insbesondere durch eine Aufwertung der Europawahl: Dazu wollen wir die europäischen Parteien stärken und die Möglichkeit schaffen, grenzüberschreitende Wahllisten und Direktwahlkreise einzuführen. Ferner soll jeder EU-Bürger, der seinen ständigen Wohnsitz in einem anderen EU-Staat als seinem Heimatland hat, nicht nur bei der Kommunalwahl, sondern auch bei Europawahl seine Stimme am ständigen Wohnort abgeben können.

Die Europäische Union erweitert unsere Freiheit enorm und bringt den Menschen in Europa nie gekannten Frieden und Wohlstand. Die Herausforderungen einer globalisierten Welt mit sich verschiebenden Machtverhältnissen können wir Europäer nur gemeinsam erfolgreich bewältigen. So begreift die Junge Union Europa als Chance und bekennt sich zur Europäischen Union und der besonderen Verantwortung Deutschlands für die europäische Einigung. Europa ist unsere Zukunft!

3. Bildung

Bildung ist der Schlüssel für individuelle Lebenschancen. Bildung ermöglicht in unserer globalisierten Gesellschaft die kulturelle, soziale und ökonomische Teilhabe des Einzelnen. Bildung ist der Grundstein für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wohlstand. Das gesamte Bildungssystem von der frühkindlichen Betreuung und Erziehung über das Schulwesen, die berufliche Bildung und die Hochschulbildung bis hin zur Weiterbildung im Erwachsenenalter spielt eine entscheidende Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Daher müssen Investitionen im Bildungsbereich oberste Priorität genießen. Die Junge Union steht zum Föderalismus in der Bildungspolitik. Die verschiedenen Ausgestaltungen der Bildungssysteme in den Bundesländern zeigen Wege für die beste Lösung auf. Ein Austausch darüber nützt Deutschland. Dennoch muss es zwischen den Bundesländern eine Durchlässigkeit und Mindeststandards geben.

Jeder einzelne Mensch hat unterschiedliche Begabungen und Bedürfnisse, die es individuell zu berücksichtigen gilt. Das gegliederte und durchlässige Schulsystem erkennt diese Tatsache systematisch an und bietet den Rahmen, jeden nach seinen Möglichkeiten zu fördern und zu fordern. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, Begabungen und Schwächen frühzeitig zu entdecken, um schnell und individuell reagieren zu können – dies schließt Inklusion mit ein. Das Testen der Sprachkompetenz im Vorschulalter und die gezielte Sprachförderung in dieser Lernphase der Kinder gehören dabei für alle zum Pflichtprogramm. Das Gymnasium und das gegliederte Schulsystem sind unbedingt zu erhalten.

Statt endloser Schulstrukturdebatten mit immer wieder neuen Konzepten wie der Einheits- beziehungsweise Gemeinschaftsschule brauchen wir mehr Qualität, Durchlässigkeit und insbesondere besseren Unterricht. Dazu sind kleinere Klassen, gut ausgebildete und genügend Lehrer, einheitliche Lehrpläne, eine Aufstockung der Schulsozialarbeiter und -psychologen sowie eine bedarfsgerechte materielle Ausstattung notwendig. Wir brauchen mehr Eigenverantwortlichkeit und die Befreiung der Schulen von unsinnigen bürokratischen Vorschriften im Wettbewerb um die besten pädagogischen Konzepte. Private Träger fördern und ergänzen dabei ein vielfältiges Bildungsangebot. Forderungen nach Abschaffung der Noten lehnen wir strikt ab und plädieren stattdessen für die konsequente Durchsetzung des Leistungsprinzips. Kopfnote stehen wir aufgeschlossen gegenüber.

Bedarfsgerechte Ganztagsangebote an Schulen eröffnen Bildungschancen und schaffen Freiräume für individuelle Förderung und Betreuung. Zudem verbessern sie die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Junge Union unterstützt den weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsbetreuung. Dazu ist eine ausreichende Anzahl von Förderstunden und qualifiziertes Personal bereitzustellen. Das Prinzip der Trennung von internen und externen Schulträgeraufgaben muss weiter bestehen. Die Länder müssen diese Angebote entsprechend ausreichend finanzieren. Besonderer Wert bei der Umsetzung ist auf die Beteiligung der Eltern und Schüler, die Einbeziehung lokaler Bündnisse für Familie sowie gesellschaftlicher Vereine und Institutionen zu legen.

Schulen leisten einen enormen Beitrag auf dem Weg zu einer erfolgreichen Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund. Das gilt sowohl für die Vermittlung grundlegender Fertigkeiten wie der Beherrschung der deutschen Sprache als auch für die Weitergabe zentraler Werte unserer Gesellschaft. Schulen bieten darüber hinaus wichtige Schnittstellen zwischen leider oftmals parallelen Gesellschaftsstrukturen, die es aufzubrechen gilt. Diese Aspekte im Rahmen der Lehrerbildung stärker zu berücksichtigen und mehr Unterrichtsangebote für Deutsch als Fremdsprache zu schaffen, sind effektive Mittel einer erfolgreichen Integrationspolitik. Die Sprachförderung muss bereits im Kindergarten beginnen und Kindern von Migranten die Sprachkompetenz ermöglichen, die notwendig ist, von Beginn an dem deutschsprachigen Unterricht folgen zu können.

Wir bekennen uns klar zur Fortsetzung des konfessionsgebundenen Schulunterrichts an unseren Schulen. Nur dann, wenn Schülerinnen und Schüler die Wurzeln der eigenen Religion kennen und in ihrem Glauben gestärkt sind, können sie Toleranz auch gegenüber anderen Religionen und Weltanschauungen üben. Wer Religionsunterricht aus unseren Schulen verdrängen will, greift die Wurzeln unserer gemeinsamen, im Grundgesetz verankerten Werte an. Auch wenn Deutschland stark von seiner christlich-jüdischen Tradition geprägt ist, setzen wir uns ebenso für konfessionellen Religionsunterricht anderer großer Religionen ein. So unterstützen wir auch die Bemühungen zur Etablierung islamischen Religionsunterrichts an unseren Schulen – allerdings in deutscher Sprache und unter staatlicher Schulaufsicht sowie Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Anforderungen. Um die hohe Qualität des Bildungssystem

auch in Zukunft durchgängig garantieren zu können, muss daher auch die Ausbildung der Lehrkräfte an oder nach den Maßstäben deutscher Hochschulen erfolgt sein, wie dies bereits in anderen Fächern gegeben ist.

Wir brauchen bessere, häufiger anwendungsorientierte und zeitgemäßere Bildungsinhalte. Daher ist die Kultusministerkonferenz aufgefordert, eine Überarbeitung der bundesweit verbindlichen Inhalte und Standards vorzunehmen, die beispielsweise der Nutzung neuer Medien gerecht wird und besser auf die Herausforderungen der globalisierten Welt vorbereitet. Darüber hinaus fordern wir die Vermittlung juristischer, ökonomischer und naturwissenschaftlicher Grundlagen in den Schulen. Dies gilt in besonderem Maße für das Gymnasium als Vorbereitung auf die Hochschulen.

Das duale Berufsausbildungssystem ist eine besondere Stärke Deutschlands im internationalen Wettbewerb. In gemeinsamer Verantwortung von Wirtschaft und Staat eröffnet die duale Berufsausbildung begabungsgerecht schulische und berufliche Entwicklungschancen. Dieses einzigartige System darf nicht durch einen zunehmenden Akademisierungsdruck in klassischen Berufsfeldern gefährdet werden, denn unsere Gesellschaft ist auf Fachkräfte aus dem akademischen und dem berufspraktischen Bereich gleichermaßen angewiesen. Aus diesem Grund sind für uns berufliche Bildung und Studium grundsätzlich beide bedeutsam. Die Junge Union Deutschlands fordert die Standards des Abiturs zu überprüfen und nach oben zu setzen, um den höchsten Schulabschluss nicht unter Wert auszugeben und die Qualität des Abiturs in einer Zeit von Globalisierung und internationalem Wettbewerbsdruck zu fördern. Die Junge Union setzt sich für eine Zusammenfassung und Modularisierung von Ausbildungsgängen ein. Mit einer stärkeren Vermittlung soll der Situation und Arbeitsmarktmobilität der Arbeitnehmer Rechnung getragen werden.

Wissenschaft und Forschung sind die Grundlagen für Innovation in Wirtschaft und Gesellschaft sowie der Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung. Partnerschaft, Hochschulautonomie sowie Verantwortung und Wettbewerb sind die Leitlinien unserer Hochschulpolitik, denn sie ermöglichen Forschung und Lehre in hoher Qualität und die Herausbildung von Exzellenzen. Um langfristig international konkurrenzfähig zu sein, sind Alleinstellungsmerkmale und ein klares Profil unabdingbar. Dies ist von entscheidender Bedeutung in der Wissensgesellschaft. Um Forschung und Innovation wirksam zu fördern, müssen bürokratische Hemmnisse beseitigt und der Wissens- und

Technologietransfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft intensiviert werden. Die Förderung von Spin-Offs aus dem universitären Bereich ist zu verstärken, so kann die Allgemeinheit besser und schneller von wissenschaftlichen Erkenntnissen profitieren. Die Freiheit der Universitäten und damit der Forschung muss erhalten werden, Universitäten dürfen nicht von den Geldern einzelner Unternehmen abhängig sein. Auch den Berufsakademien und dualen Hochschulen kommt in diesem Prozess eine große Bedeutung zu. Der freie Zugang zu wissenschaftlicher Literatur in der öffentlich geförderten Forschung ist zu forcieren. Forschung und Hochschulbildung ist zu fördern.

Das BAföG ist für uns ein entscheidendes Instrument, um Chancengleichheit im Bildungssystem zu ermöglichen. Es ist geprägt von der tiefen Überzeugung, dass eine gute Ausbildung und ein Studium nicht an fehlenden finanziellen Mitteln scheitern dürfen. Seine Erfolgsgeschichte gilt es daher fortzuschreiben. Hinsichtlich der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge ist eine Anpassung des BAföG-Systems zu prüfen, da der Bachelorabschluss nicht in jedem Fall als vollwertiger Abschluss anerkannt wird und die Erweiterung um den Masterstudiengang zum Teil erfordert. Die klassischen Diplom- und Magisterabschlüsse, die gerade auch im Ausland hohes Ansehen genießen, sollen auch weiterhin auf den Abschlusszeugnissen genannt und mit Masterabschlüssen gleichgestellt werden. Im Sinne der Chancengerechtigkeit sollte die Absolvierung des Masters nicht als Zweitstudium betrachtet werden, um eine finanzielle Unterstützung von Studierenden zu ermöglichen. Die Junge Union sieht nachgelagerte und sozialverträgliche Studiengebühren als integralen Teil der Finanzierungsgrundlage unserer Hochschulen. Besonders begabte Studenten sollen weiterhin durch Stipendien, die im ausreichenden Umfang vorhanden sein müssen, gefördert werden. Dies gilt unter der Voraussetzung, dass die Finanzmittel den Studenten an den Universitäten und Fachhochschulen im Rahmen der Verbesserung der Lehre unmittelbar zu Gute kommen.

Vor diesem Hintergrund machen wir uns auch für eine Abschaffung der verfassten Studierendenschaft stark. Das Geld für Allgemeine Studierendenausschüsse (ASten) ist in der personellen und technischen Ausstattung unserer Hochschulen besser angelegt.

Bildung ist ein lebenslanger Prozess, der nicht mit einem Schulabschluss beendet wird und auch nicht auf den Lernort Schule begrenzt ist. Die globalisierte Welt des 21. Jahr-

hunderts bietet viele Chancen, fordert aber auch die Bereitschaft, sich ständig mit neuen Informationen auseinanderzusetzen. Dies bedarf eines breit gefächerten Angebots an Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten auch neben der beruflichen Tätigkeit. Berufsschulen, Hochschulen und Volkshochschulen nehmen dabei eine zentrale Stellung ein. Der Übergang von den Schulen in die Ausbildung oder an die Hochschulen sollte durch breitere Informationsangebote flankiert werden.

4. Außen- und Sicherheitspolitik

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen von heute und morgen sind vielfältiger denn je: (Bio-) Terrorismus, religiöser und politisch motivierter Extremismus, weltweite Zunahme von Umweltkatastrophen, Extremismus, organisierte Kriminalität, Wirtschaftsspionage, Bürgerkriege, zerfallende Staaten, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie Klein- und Leichtwaffen, Ressourcenknappheit, Herausforderungen durch Flüchtlingsströme, neue Weltmächte und Cyberwar. Der Rahmen, in dem sich internationale Krisen abspielen, ist größer geworden, ihr Eintreten unvorhersehbar. Regionale Konflikte weiten sich aus und sind aufgrund der zunehmenden Verflechtung in ihrer Entwicklung kaum seriös einzuschätzen. Auch ihre nachhaltige Bewältigung wird immer schwieriger und komplexer. Das Lagebild wird unübersichtlicher, die Lageeinschätzung schwieriger.

Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss in der Bewältigung dieser globalen Herausforderungen wertegebunden und interessengeleitet zugleich sein. Das Bekenntnis zu unseren Grundwerten und der Einsatz für unsere berechtigten nationalen Interessen erfordern ein starkes internationales Engagement der Bundesrepublik. Das gilt für die deutsche Mitwirkung in den internationalen Organisationen und für die deutsche Beteiligung an zivilen und militärischen Einsätzen der internationalen Gemeinschaft. Die Junge Union setzt sich in diesem Zusammenhang für eine Reform des UN-Sicherheitsrates ein. Ziel dieses Reformprozesses muss die Abschaffung des Veto-Rechtes der ständigen Mitglieder sein. Das gesellschaftliche Bewusstsein für die wachsende internationale Verantwortung Deutschlands entwickelt sich erst langsam. Als Junge Union wollen wir dazu beitragen, dass das weltweite Engagement unseres Landes – sei es im Einzelfall zivil oder militärisch ausgestaltet – von einem wachsenden gesellschaftlichen Konsens getragen wird. Die Junge Union fordert eine Reform des UN-Sicherheitsrates, mit der Zielstellung eines ständigen Sitzes für Deutschland. Insbesondere ist die Feindstaatenklausel anzuschaffen.

Im Zuge der skizzierten wirtschaftlichen, klimatischen, demographischen und politischen Entwicklungen - mit internationalen und regionalen Ursachen - können singuläre Ereignisse direkte Auswirkung auf die Sicherheit in einer Region und unserer Nation haben. Sicherheitspolitische Lösungsansätze müssen daher das gesamte Instrumentarium der Politik von der Diplomatie, Dialog-Formaten zu einzelnen Politikbereichen über die Entwicklungshilfe, den Aufbau nationaler Sicherheitsstrukturen bis hin zum Einsatz robuster militärischer Mittel – berücksichtigen. Deshalb treten wir dafür ein, dieses Prinzip der Vernetzten Sicherheit noch stärker als bisher zum Leitmotiv deutscher Sicherheitspolitik zu machen. Die Umsetzung der UN Menschenrechtscharta muss weltweit gefordert und gefördert werden.

Eine politische und gesellschaftliche Debatte über die Rolle von Streitkräften ist nötig. Diese wollen wir als Junge Union Deutschlands aktiv befördern. Wir stehen zu unserer Bundeswehr und ihren Soldaten, Reservisten und Veteranen, die im Interesse unseres Landes harte Prüfungen in der Vergangenheit bestehen mussten und auch zukünftig bestehen werden. Die Junge Union fordert die Einführung des nationalen Gedenktages für die Veteranen und Gefallenen der Bundeswehr seit 1955. Den Männern und Frauen, die in den Einsätzen der Bundeswehr ihr Leben für die Freiheit und Sicherheit der Menschen in Deutschland riskieren, muss die Öffentlichkeit ein Höchstmaß an Dank und Anerkennung entgegenbringen. Die Junge Union steht dafür ein, dass die politischen Debatten über die Sinnhaftigkeit von Auslandseinsätzen nicht auf dem Rücken unserer Soldaten ausgetragen werden.

NATO und EU bleiben die Stützpfeiler deutscher Sicherheitspolitik. Denn die Europäische Integration und die tiefe transatlantische Freundschaft mit den Vereinigten Staaten bedingen einander auf allen Ebenen internationaler Zusammenarbeit und dürfen niemals gegeneinander ausgespielt werden. Europa muss durch vermehrte Zusammenarbeit gestärkt werden, zum Beispiel durch militärische Arbeitsteilung und Synchronisation der Streitkräfte. Eine Auflösung der nationalen Armeen lehnen wir ab. Es geht vielmehr um eine sinnvolle Aufteilung von militärischen Fähigkeiten, wie sie im Bereich der Kompetenzbildung etwa der Luftstreitkräfte bereits besteht. Die Bundesrepublik als einwohnerstärkstes Land der Europäischen Union darf im Zuge dessen allerdings auf zentrale Fähigkeiten, wie etwa die Evakuierung deutscher Staatsbürger aus Gefahrensituationen, nicht verzichten.

Deutschland muss an der Fähigkeit der NATO zur nuklearen Abschreckung festhalten, aber auch auf eine weltweite Abrüstung hinarbeiten. Abwehrstrategien und Maßnahmen gegen ABC-Waffen sind weiter voranzutreiben. Zugleich muss die Bundeswehr personell, materiell, finanziell und organisatorisch jederzeit so ausgestattet sein, dass sie aktuellen und zukünftigen Herausforderungen begegnen kann. Die Bundeswehr ist im Inneren dann einzusetzen, wenn der Katastrophenschutz ihre Fähigkeiten zum Heimat- und Katastrophenschutz benötigt. Der Einsatz im Inland darf nur unter einfachen und eindeutigen rechtlichen Rahmenbedingungen erfolgen.

Auch qualifizierte Grenzsicherung muss Teil deutscher und europäischer Sicherheitsarchitektur sein. Auf europäische Herausforderungen muss gemeinschaftlich innerhalb Europas reagiert werden, Einwanderung in die Sozialsysteme der EU-Staaten ist zu verhindern. Dies gilt auch für Fragen der Rohstoffsicherheit. Die Junge Union setzt sich für eine nationale Energie- und Rohstoffstrategie im Verbund mit der EU ein. Dazu gehören Maßnahmen wie vermehrter militärischer Schutz von Logistik und Transportwegen.

Die deutsche Unterstützung des demokratischen Israels erwächst zum einen aus historischer Verantwortung und ist zum anderen ein Teil der deutschen Staatsraison. Israel als Demokratie zu schützen ist somit unabdingbar.

Vor allem aber unterstützen wir die Menschenrechts- und Demokratiebewegungen im Ausland. Denn nur mit demokratischen Staaten kann langfristig zusammengearbeitet werden.

5. Innere Sicherheit und Rechtsstaat

Innenpolitik

Das Gewaltmonopol ist eine von drei Säulen des modernen Nationalstaates und darf nicht von privaten Sicherheitsfirmen oder gesellschaftlichen Parallelstrukturen konkurrenziert werden. Wir haben Vertrauen in die Fähigkeiten der staatlichen Sicherheitsorgane und ihrer parlamentarischen Kontrolle.

Die Grenzen in der Europäischen Union sind durchlässiger geworden. Diese Entwicklung war politisch gewollt und wurde von der Jungen Union mit erkämpft. Unverges-

sen sind Verbrüderungsszenen an den Schlagbäumen Ende der 1950er Jahre, als junge Aktivisten mit ihrem grenzüberschreitenden Engagement die Vorläufer zum heutigen Schengen-Abkommen gelegt haben. Wir wollen ein offenes und freies Europa, aber zugleich auch eine sichere Heimat, in der sich jeder Bürger vom Staat ausreichend geschützt sieht. Dazu soll die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten weiter verstärkt werden.

Staatliche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung wie etwa Videoüberwachung an gefährdeten öffentlichen Orten und Plätzen sowie richterlich angeordnete Auswertungen von Telefon- und Computerdaten sind vor diesem Hintergrund unerlässlich. Einen Überwachungsstaat, wie es ihn in der deutschen Geschichte in verschiedener Form gegeben hat, lehnen wir strikt ab. Zur Demokratie gehört auch das Vertrauen des Staates in die moralische Urteilskraft seiner Bürger. Wo diese versagt, müssen Polizei und Justiz einschreiten, um das Zusammenleben in der Gesellschaft so sicher wie möglich zu machen. Dazu gehört auch eine optimale Prävention gegen Jugendkriminalität und nachhaltige Sanktionen für jugendliche Straftäter. Freiheit und Sicherheit sind für die Junge Union keine Gegensätze, sondern Werte, die sich bedingen. Die Geschichte hat gezeigt, dass ohne Freiheit keine Sicherheit und ohne Sicherheit keine Freiheit realisierbar ist.

Die Junge Union setzt sich dafür ein, den Personalnotstand der Polizei in Bund und Ländern zu beheben. In den Städten und im ländlichen Raum müssen staatliche Sicherheitsbehörden technisch und personell in einer Form ausgestattet sein, dass sich die Bürger zu jeder Tages- und Nachtzeit sicher fühlen können. Polizisten müssen wieder den gesellschaftlichen Respekt erhalten, der ihnen den Rückhalt für ihren nicht immer einfachen Beruf überhaupt erst ermöglicht. Angriffe gegen Polizei und Rettungskräfte sind stärker als bisher zu ahnden. Eine Kennzeichnungspflicht der Namen von Sicherheitskräften lehnen wir ab, da dies vor allem den Feinden unseres Rechtsstaates in die Hände spielt.

Die Geheimdienste Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz und Militärischer Abschirmdienst sind in ihrer jetzigen Form zu erhalten. Eine wehrhafte Demokratie kann auf diese vom Parlament kontrollierten Sicherheitsbehörden nicht verzichten. Im Zeitalter von Cyberkriegen ist die nationale Cyberstrategie fortwährend zu evaluieren und zu fortzuentwickeln. Der Umgang mit dieser Form von Konflikten ist

eines der großen Zukunftsthemen. In keinem anderen Bereich sind die Entwicklungen derart rasant und gefährlich. Dies bezieht sich auch auf Onlinekriminalität, die unsere Vision eines freien, offenen und sicheren Netzes zerstört und konsequent verfolgt werden muss. Bürgerliche Freiheiten sind im Umgang mit dem Internet zu achten.

Rechtsstaat

Die Junge Union bekennt sich zum Prinzip des demokratischen Rechtsstaats. Die durch die Verfassung garantierten Grundrechte, die alle staatliche Gewalt binden und verpflichten, zeichnen unseren Staat aus. Der Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland ist das Gegenmodell zu den NSDAP- und SED-Unrechtssystemen.

Die wehrhafte Demokratie sorgt dafür, dass auch ihre Kritiker gehört werden und sich einbringen können. Sie setzt ihren Gegnern dort Grenzen, wo ihr Bestand in Gefahr gerät. Die Junge Union plädiert deshalb für die Prüfung von Verbotsverfahren gegen verfassungsfeindliche Organisationen und Parteien aus dem links- und rechts- sowie religiös- und ausländerextremistischen Spektrum. Hier darf die wehrhafte Demokratie Feinden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung keinen Platz zur Entfaltung bieten.

Unser Verfassungsstaat organisiert Abläufe in rechtsstaatlichen Verfahren, die der demokratisch legitimierte Gesetzgeber entwickelt und vorzeichnet. Der Staat garantiert dabei jedem Bürger das Recht auf ein faires juristisches Verfahren. Dadurch stößt das juristische System an seine Belastungsgrenze, was zu Prozessverzögerungen und Mehrkosten führt. Daher setzen wir uns für die stärkere Anwendung von Mediationsverfahren, eine angemessene personelle Ausstattung in Bundes- und Landesjustiz sowie insbesondere eine zügige Beendigung in Strafsachen ein.

Rechtsstaatliche Verfahren dienen der Wahrung der Rechte des Einzelnen und dem Erreichen von Gerechtigkeit. Im rechtsstaatlichen Verfahren werden die Interessen der von einer Entscheidung Betroffenen durch Beteiligung und Anhörung berücksichtigt und - im Falle gegenläufiger Positionen - in Ausgleich gebracht. Ist ein Verfahren abgeschlossen, so muss darauf Verlass sein, dass das gefundene Ergebnis umgesetzt wird, da es die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt. Dies ist Ausdruck des verfassungsrechtlich verbürgten Prinzips der Rechtssicherheit. Wir verwehren uns dagegen, dass - wie bei großen Infrastrukturprojekten in der Vergangenheit - eine kleine In-

teressengruppe sich über eine Entscheidung hinweg setzen will, die innerhalb eines geordneten, demokratischen und rechtsstaatlichen Verfahrens gefunden wurde. Wir sprechen uns dafür aus, dass beschlossene Projekte schneller umgesetzt werden. Gleichzeitig muss dem Bürger verdeutlicht werden, dass er am Beginn von Projekten ein Mitspracherecht hat und dort Kompromisse gefunden werden müssen.

Alle staatlichen Institutionen müssen die rechtsstaatlichen Verpflichtungen ernst nehmen und ihrer Verantwortung gerecht werden, nachvollziehbare Entscheidungen zu treffen. Wesentliche Elemente des Rechtsstaates sind die Vorhersehbarkeit und Verlässlichkeit staatlichen Handelns. Dazu gehört, dass Gebote und Verbote so formuliert sein müssen, dass sie für den Bürger verständlich sind. Der Staat muss das Prinzip der Rechtsklarheit verwirklichen.

6. Kultur

Kultur ist unmittelbar mit dem Menschen und seiner Geschichte verbunden. Sie wurde und muss von allen für alle geschaffen werden. Aufgrund ihrer Bedeutung für und den Einfluss auf alle Bereiche des Lebens ist sie eine der größten Querschnittsaufgaben der Politik und der Gesellschaft. Die Junge Union honoriert den Wert der Kultur und möchte diesen bewahren und noch weiter fördern. Was Kultur beinhaltet ist nicht lückenlos aufführbar, auszugsweise werden bildende Künste, Schau- und Lichtspiel, Oper, Tanz, Musik, Literatur und Architektur genannt. Daneben umfasst sie ebenso die Sprache an sich und die Auslebung verschiedener Lebensstile. Dieser Vielfalt möchte die Junge Union Rechnung tragen und keinen Unterschied zwischen der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung von Hochkultur und freier Szene ziehen. Wir bekennen uns zum traditionsreichen Kulturstandort Deutschland und empfinden Stolz bei dem Gedanken daran, was dieser bisher hervorbrachte. Erfreulich ist, dass Deutschland über die größte Theaterdichte der Welt verfügt. Die deutschen Großstädte sind gerade aufgrund ihres umfangreichen Kulturangebots attraktiv für junge Menschen aus allen Teilen der Welt. Die deutsche Kultur wird somit in doppelter Sicht wahrgenommen. Kultur ist teilweise dem Wandel der Zeit unterworfen, sodass neue Formen, die mehr und mehr auf das Individuum ausgerichtet sind, entstehen. Zunehmend scheint die Wertschätzung der bestehenden klassischen Formen von Kultur abzunehmen. Den Wert der Klassik für die Gesellschaft gilt es wieder hervorzuheben, um diesem wichtigen Beitrag nicht seine Lebensgrundlage zu entziehen. Es ist wichtig, dass Deutschland seinen Ruf als Land der Dichter und Denker behält. Deshalb spricht sich die Junge Union für die

Bewahrung und Förderung von Kultureinrichtungen aus. Wir wollen für die bestehende kulturelle Infrastruktur und ihre Nutzung durch alle Bürger werben.

Ein wesentlicher Beitrag ist die auswärtige Kulturpolitik, insbesondere die Arbeit der Goethe-Institute und der politischen Stiftungen. Sie vermitteln ein positives Deutschland-Bild und wecken Begeisterung für deutsche Sprache und Kultur. Wir plädieren für eine engere Zusammenarbeit mit Kulturinstituten anderer deutschsprachiger Länder, um die Kenntnisse unserer gemeinsamen Sprache und Kultur zu fördern.

7. Sport

Die Förderung des Breitensports ist uns ein wichtiges Anliegen. Deutschland ist ein von funktionierenden Vereinsstrukturen geprägtes Land. Gerade an diesen Schnittstellen treffen Gesellschaft und Politik aufeinander. So erfüllen Vereine und Verbände eine übergeordnet wichtige Funktion für das Zusammenleben der Bürger, in dem die Arbeit der Sportvereine beispielsweise für die Integration von Kindern und Jugendlichen eine außerordentlich große Rolle spielt. Die Förderung des Behindertensportes ist ein ebenbürtiger Bestandteil der Sportförderung. Seine Funktion als Maßnahme der Integration ist unverkennbar. Die staatliche Unterstützung von Sportlern muss aus diesem Grund weitergeführt und ausgebaut werden. Das Engagement im Verein ist nicht nur für unser soziales Miteinander bedeutend, sondern stärkt durch das Übernehmen öffentlicher Verantwortung durch Einzelne im Ehrenamt auch die regionale Identität. Jedoch ist das Fortbestehen von Sportvereinen besonders stark durch den demographischen Wandel und durch den Ausbau der Ganztagschulen gefährdet. Die Kooperation der Vereine untereinander sowie mit den Schulen muss insbesondere gestärkt werden.

Zugleich wollen wir den Leistungssport fördern. Dafür leisten Sportschulen und -internate, Olympiastützpunkte und die Sportfördergruppe der Bundeswehr wertvolle Beiträge. Im Rundfunkrecht muss weiterhin garantiert sein, dass sportliche Großereignisse in einem frei empfangbaren und allgemein zugänglichen Fernsehprogramm ausgestrahlt werden, damit die gesamte Öffentlichkeit hierzu Zugang hat.

8. Netzpolitik und Neue Medien

Die Durchsetzung des Internets führt zu einem tiefgreifenden Wandel der Gesellschaft, welcher unser Leben und Arbeiten, selbst unser Denken ändern wird bezie-

ungsweise bereits geändert hat. Wie sich diese Änderungen auf die Gesellschaft als Ganzes und auf jeden Einzelnen noch auswirken werden, können wir derzeit größtenteils nur erahnen.

Der digitale Wandel stellt Gesellschaft, Wirtschaft und Politik vor enorme Herausforderungen, die uns alle betreffen. Das Netz spiegelt die gesamte Bandbreite unserer Gesellschaft wider. Die Grenzen zwischen realer und digitaler Welt werden durch zunehmende Online-Angebote und Services auch im öffentlichen Raum fließender und geringer.

Die Herangehensweise unserer Netzpolitik sollte chancenorientiert sein, ohne Risiken zu ignorieren. Es geht nicht darum, einer grenzenlosen Freiheit das Wort zu reden. Technik soll den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Für uns als Junge Union gehören Freiheit und Verantwortung zwingend zusammen.

So wie von einigen die Sicherheit absolut gesetzt wird, wird in der digitalen Gesellschaft häufig die Freiheit praktisch absolut gesetzt. Freiheit hat im Netz Priorität vor Sicherheit. Daher gilt: Im Zweifel für die Freiheit. Aber Freiheit ist für uns immer an Verantwortung gebunden. Ausdruck dieser Verantwortung sind in einer demokratischen Gesellschaft stets Regeln und Gesetze, die einen Ausgleich der Interessen schaffen. So kann beispielsweise die Alternative zu einem überkommenen Urheberrecht nicht sein, dieses komplett abzuschaffen. Wir brauchen ein reformiertes Urheberrecht, um die Interessen von Urhebern und Nutzern auszubalancieren.

Da das Netz durch Innovationen einem ständigen Wandel unterworfen ist, ist es selbstverständlich, dass die Politik nicht für jede Herausforderung eine vorgefertigte Lösung hat.

Wir wollen, dass das Internet für alle Bürger in Deutschland uneingeschränkt und überall und jederzeit verfügbar ist. Eine digitale Spaltung muss im Sinne der zu verwirklichenden Chancengerechtigkeit verhindert werden. Dazu braucht Deutschland einen zügigen Netzausbau, das heißt einen flächendeckenden und lückenlosen Ausbau des Breitbandnetzes, unter Berücksichtigung der Netzneutralität ebenso wie eine Stärkung der Medienkompetenz quer durch alle Bevölkerungs- und Altersschichten. Außerdem stellen immer noch viele Internetangebote für ältere Menschen mit körper-

lichen Einschränkungen und für Menschen mit Behinderung eine große Hürde dar. Wir wollen eine freiwillige Firmenkultur fördern, in der auf die speziellen Bedürfnisse dieser Menschen Rücksicht genommen wird. Bei staatlichen Internetangeboten von Verwaltung und politischen Institutionen muss ein möglichst barrierefreier Zugang gewährleistet sein. Daher fordern wir eine konsequente Umsetzung der Barrierefreien Informationstechnikverordnung (BITV 2.0). Nur so werden wir eine soziale digitale Spaltung, wie sie zum Teil bereits existiert, umgehen können.

Zugleich plädiert die Junge Union dafür, stärker Chancen des Netzes zu betonen, als Risiken heraufzubeschwören. Der wirtschaftliche Nutzen des Internet ist noch immer riesig und nicht einmal ansatzweise ausgeschöpft. Digitale Unternehmen bilden einen Wirtschaftszweig der Zukunft. Um den Anschluss an andere internationale Unternehmen nicht zu verlieren, müssen gerade Deutschlands Städte und Gemeinden zu attraktiven Standorten für Unternehmensgründer in diesem Bereich werden. Brachflächen und stillgelegte Fabrikhallen können morgen schon zur Basis von digitalen Weltkonzernen werden.

Dabei gilt, dass zur Freiheit im Netz auch die Verantwortung der Nutzer gehört. Außerdem sollten durch internationale Vereinbarungen ein einheitlicher Rechtsrahmen geschaffen werden. Auch das gehört zur demokratischen Kontrolle und der damit verbundenen Transparenz. Staatliche Eingriffe in die Freiheit des Internets müssen dabei das Gebot der Verhältnismäßigkeit wahren. Verbotsorgien und Internetsperren gefährden die in Deutschland vorhandene Kompetenz und schaden dem Wirtschafts- und Kreativstandort. Gleiches lässt sich auch auf Computerspiele übertragen, die längst zu einem Kulturgut geworden sind. Die Junge Union verteidigt das Recht auf Nutzung frei im Handel zugänglicher Spiele unter Berücksichtigung des bestehenden Jugendschutzes. Wir wollen Verantwortung statt Verbote und die Medienerziehung im Bildungskanon verankern.

Themen wie ein faires Urheberrecht, das die Rechte und Existenzgrundlage des Künstlers schützt, beschäftigen die Junge Union ebenso wie die künftige Entwicklung des Datenschutzes. Auf beiden Feldern plädieren wir für Diskussionen ohne ideologische Scheuklappen im Sinne der Zukunft digitaler Medien in der Bundesrepublik.

Wir als Junge Union verstehen vor diesem Hintergrund Netzpolitik als Querschnittspolitik. Wir brauchen eine stärkere Bündelung und Koordinierung der netzpolitischen Initiativen. Deshalb spricht sich die Junge Union dafür aus, einen Internet-Staatsminister im Kanzleramt einzusetzen. Bisher wurden viele Themen der Netzpolitik nur stückchenweise von einzelnen Ministerien bearbeitet, wir benötigen aber ganzheitliche Lösungen.

Als Junge Union nutzen wir das Netz als selbstverständlichen Teil unserer politischen Arbeit. Es gilt neben dem Auftritt in den sozialen Netzwerken das Netz verstärkt zur Beteiligung und Transparenz zu nutzen. Als JU sehen wir uns auch hier als Vordenker nicht nur innerhalb der Unionsfamilie, sondern auch in der Politik insgesamt.

9. Generationengerechtigkeit und Demographischer Wandel

Generationengerechtigkeit ist eine Querschnittsaufgabe aller Politikfelder. Die Junge Union setzt auf die langfristige Wirkung der heutigen politischen Entscheidungen und grenzt sich damit von kurzfristiger und wahltaktisch motivierter Politik ab. Eine generationengerechte Politik fußt auf der Einstellung, die Leistungen und Werte der älteren Generation anzuerkennen, wertzuschätzen sowie zu bewahren und gleichzeitig die Chancen der jungen Generation zu fördern und sie vor untragbaren Belastungen zu schützen. Die Interessen der Generationen sind dabei in Einklang zu bringen. Jung und Alt profitieren voneinander. Wertebündnisse zwischen den Generationen sind eine Notwendigkeit, wenn wir die sozialen Sicherungssysteme fit für die Zukunft machen wollen. Eine Verherrlichung der Gegenwart und Vernachlässigung der Zukunft schadet der gesamten Gesellschaft.

Die Sicherung einer existenzsichernden Rente und die Bereitstellung geeigneter Gesundheitsversorgung müssen im Sinne des Generationenvertrages gewährleistet werden. Gleichwohl ist die Gefahr einer Überforderung der sozialen Sicherungssysteme in diesem Bereich gegeben. Private Vorsorgemöglichkeiten auszubauen und für ihre Wahrnehmung als Zusatzversicherung für einen lebenswerten Ruhestand zu werben ist somit unumgänglich. Eine Fortsetzung der Verschuldungspolitik auf Kosten kommender Generationen allein zur Finanzierung sozialer Leistungen lehnt die Junge Union als unverantwortlich ab. Die Etablierung der Schuldenbremse in allen EU-Mitgliedstaaten sowie auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene streben wir aus die-

sem Grund an, um eine intergenerative Lastenverteilung überhaupt erst möglich zu machen.

Gemeinsam mit unseren Freunden aus der Senioren-Union wollen wir einen neuen Generationenvertrag schaffen, zu dessen Gelingen junge wie ältere Bürger ihren Beitrag leisten. Der Bundesfreiwilligendienst ist ein Beispiel, wie Menschen unterschiedlichen Alters miteinander im Einklang für die Zukunft arbeiten und Verantwortung übernehmen. Derartige Freiwilligendienste wollen wir ausbauen, auch um Altersdiskriminierung zu begegnen. Kein Mensch darf abseits stehen bei den großen Herausforderungen, denen sich unser Land gegenüber sieht. Das Deutschland, in dem wir leben wollen, soll eines sein, in dem Enkel, Kinder, Eltern und Großeltern ihre Ziele eines guten Miteinanders teilen und gegenseitig füreinander eintreten.

Bundestag und Landtage haben bei der Gesetzgebung vermehrt die intergenerative Gerechtigkeit in den Focus zu nehmen. Derartige Anpassungen an die demographischen Entwicklungen sind aufgrund einer älterwerdenden Gesellschaft notwendiger denn je. Politische Entscheidungen werden durch dieses Vorgehen transparenter, weil Auswirkungen auf künftige Generationen deutlich stärker in den Vordergrund rücken.

Eine Gesundheitspolitik, die qualitativ dem Anspruch, den wir an den vorsorgenden Sozialstaat unseres Landes stellen, gerecht wird, ist ebenfalls Bestandteil generationengerechter Politik. Die Junge Union akzeptiert nicht, dass kommende Generationen eine schlechtere medizinische Versorgung erhalten werden, als es in der Gegenwart der Fall ist. Der Standard unserer Krankenhäuser, aber auch der Ausbildungsstand unserer Ärztinnen und Ärzte muss weltweit führend sein und ethische Maßstäbe setzen. Jeder Bürger hat ein Recht darauf – unabhängig von seiner finanziellen Situation – mit einem hohen Standard der Medizintechnik behandelt zu werden. Dies gilt besonders für die medizinische Versorgung in den ländlichen Räumen. Die Junge Union setzt sich dafür ein, auch dort eine umfassende stationäre und hausärztliche Versorgung durch geeignete Anreizsysteme aufrecht zu erhalten. Eine gesunde Lebensführung sollte gleichwohl durch geeignete Anreizsysteme der Krankenversicherer belohnt werden. Es besteht kein Zweifel, dass sich die sozialen Sicherungssysteme auch im Gesundheitsbereich an der Grenze der Belastbarkeit befinden. Die Politik ist daher angehalten, die Aufklärung der Bürger über gesundheitliche Gefahren zu verstärken. Krankenkassen sollten Überschüsse als Demographierücklage ansparen. Bereits jetzt steigen aufgrund

der demographischen Entwicklung die Zusatzkosten der Bürger für medizinische Versorgung. Der Abschluss privater Zusatzversicherungen ist daher geboten und sollte als vorausschauende und kostensparende Maßnahme stärker beworben werden.

Es ist eine Errungenschaft, dass die Menschen in Deutschland ein zunehmend höheres Lebensalter mit länger anhaltender Lebensqualität erreichen. Dies ist zweifellos auch dem technischen Fortschritt in der Medizin zu verdanken, der den Generationen ein längeres Zusammenleben ermöglicht. Die Forschung in diesem Bereich voranzutreiben, muss eines der wichtigsten Ziele unseres Landes darstellen. Deutschland soll zum Gesundheitsland der Welt werden und seine Position als attraktiver Gesundheitsstandort mit den besten Kliniken und Fachpersonal verteidigen.

Der Anstieg des Lebensalters hat auch einen Anstieg der Anzahl der pflegebedürftigen Menschen zur Folge. Die Junge Union setzt sich vor diesem Hintergrund für eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung ein. Dazu gehört allen voran der Aufbau einer kapitalgedeckten, solidarisch finanzierten Demographiereserve und die Weiterentwicklung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Darüber hinaus muss in der Praxis der Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ gestärkt werden, um Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich zu vermeiden. Schließlich unterstützt die Junge Union neue Versorgungsformen, wie Mehrgenerationenhäuser und Senioren-WGs, und die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

10. Familie

Familie ist dort, wo Kinder und Eltern generationenübergreifend Verantwortung füreinander übernehmen. Als kleinste, aber zugleich wichtigste Einheit der Gesellschaft sind Ehe und Familie deshalb besonders zu schützen und zu unterstützen. Wenn man die durchschnittliche Geburtenrate betrachtet, ist die deutsche Familienpolitik gescheitert. Es ist Aufgabe der Politik, die Familie durch geeignete Rahmenbedingungen zu fördern. Dabei gilt, dass staatliches Eingreifen erst dort einsetzen sollte, wo die Familiengemeinschaft versagt. Die Junge Union möchte aus diesem Grund Anreize setzen, dass Familien Orte von Wärme und Zusammenhalt bleiben. Ein Adoptionsrecht für homosexuelle Partner lehnen wir ab. Ausgehend vom Kindeswohl setzen wir uns für die Beibehaltung der so genannten Stiefkindadoption ein. Grundsätzlich sind wir davon überzeugt, dass ein Kind Vater und Mutter braucht, eine reine Entscheidung anhand der sexuellen Orientierung des Paares lehnen wir jedoch ab. Entscheidend

muss immer das Kindeswohl sein und dabei kann es nur Einzelfallentscheidungen geben.

Die ideelle und finanzielle Anerkennung von Familien mit Kindern muss spürbarer werden. Dies sollte im Steuerrecht durch eine Erweiterung um ein Familiensplitting erreicht werden. Auch die Beibehaltung des Elterngeldes und die Weiterentwicklung zu einem Teilzeitelterngeld sind uns wichtig. Vorschläge zur Berücksichtigung von Betreuungszeiten in der Rente – sowohl für Zeiten der Kinderbetreuung, als auch für Zeiten der Pflege eines erkrankten oder altersdementen Angehörigen – haben unsere Unterstützung, weil es sich dabei um gelebte Generationensolidarität handelt. Auch alleinerziehende Elternteile möchte die Junge Union in ihrem Alltag unterstützen. Dies kann durch flexiblere Arbeitszeiten, aber zum Beispiel auch durch längere und flexiblere Betreuungszeiten in Kindertagesstätten geschehen. Die Junge Union fordert weitergehend die Schaffung besserer gesetzlicher und finanzieller Voraussetzungen für die Pflege von Familienmitgliedern, insbesondere, wenn es um häusliche Pflege geht.

Echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung bedeutet für uns, dass wir der Betreuung durch ein Elternteil oder abwechselnd beide Elternteile die gleiche Anerkennung zu Teil werden lassen wollen, wie der Betreuung in einer Tagesstätte oder bei Tagesmüttern. Die moderne Arbeitswelt erfordert den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen, um berufstätigen Müttern und Vätern Chancengerechtigkeit zu ermöglichen; zudem bedarf die finanzielle Situation vieler Eltern, dass diese einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Dazu ist Flexibilität auch von Seiten der Wirtschaft erforderlich. Gerade die Familienpolitik muss von ideologischen Grabenkämpfen bewahrt werden. Der Ausbau von Betreuungsangeboten darf daher nicht zum Selbstzweck werden. Hastige Umschulungen von Berufsfremden zu Betreuungspersonal lehnen wir ab. Wir wollen Familien kein Erziehungsmodell vorschreiben. Das Wohl der Kinder hat für uns oberste Priorität.

11. Energie

Eine langfristige, sinnvolle Energiepolitik muss sich auch weiterhin an den drei Zielen Garantie der Versorgungssicherheit, Gewährleistung der Wirtschaftlichkeit - mit den Schwerpunkten Grundlastfähigkeit und Bezahlbarkeit - und nachhaltigem Umwelt- und Klimaschutz orientieren.

Zur Energiepolitik der Zukunft gehört auch, die Versorgung langfristig zu planen. Deutschland darf nicht dauerhaft vom Exporteur zum Importeur von Strom werden. Wir müssen weiterhin Stromproduzent bleiben, damit die Energieversorgung künftiger Generationen nachhaltig sichergestellt ist. Planverfahren für Infrastrukturmaßnahmen, wie effiziente Kraftwerksprojekte und der Netzausbau, müssen deutlich beschleunigt und für alle Beteiligten effektiver gestaltet werden.

Deutschland muss den Anspruch haben, Abhängigkeiten bei der Energieversorgung zu verringern. Insbesondere vor dem Hintergrund des Ausstiegs aus der Kernkraft muss mittel- und langfristig sichergestellt werden, dass sich Deutschland bei der Energieversorgung nicht in die Abhängigkeit einzelner Länder begibt. Nur so stellen wir sicher, dass Energie Ressourcen nicht als politisches Druckmittel genutzt werden können. Aus diesem Grund setzen wir auf einen breiten Mix verschiedener Energieträger.

Darüber hinaus ist es wichtig, einen ideologiefreien Energiemix zu fördern. So soll die heimische Braunkohle auch zukünftig, möglichst emissionsarm, insbesondere zur Unterstützung der Systemintegration erneuerbarer Energien aufgrund der verbesserten Regelbarkeit von modernen Kohlekraftwerken sowie zur Flexibilisierung unseres Kraftwerksparks, genutzt werden. Zudem setzen wir auf alle Bereiche erneuerbarer Energien: Off- und Onshore-Windenergie, Sonnenenergie, Wasserkraft, Bioenergie und Geothermie. Bei jeder staatlichen oder staatlich veranlassten Förderung ist darauf zu achten, dass diese nicht unverhältnismäßig in Kulturlandschaften eingreifen und dass ein gerechter Wettbewerb als Prinzip der Marktwirtschaft erhalten bleibt. Wir wollen verhindern, dass sich erst durch erhöhte Subventionierung der Bau solcher Anlagen rechnet und hierdurch die Existenz der umliegenden landwirtschaftlichen Betriebe aufgrund von steigenden Pachtpreisen sowie einem stark zunehmendem Flächeninanspruchnahme bedroht wird.

Gerade die demographische Entwicklung erfordert es, Energieversorgung flexibel zu gestalten. In den kommenden Jahren wird die Bevölkerung in unserem Land schrumpfen. Eine sinkende Bevölkerung bedeutet jedoch nicht zwangsläufig weniger Energieverbrauch. Eine besondere Herausforderung stellt die örtliche Verteilung des Energiebedarfs dar, der in einigen Regionen ansteigen oder konstant bleiben kann, jedoch vielfach abnehmen wird. Meist im ländlichen Raum trifft eine stark abnehmende Bevölkerung und tatsächliche Reduzierung des Energiebedarfs auf eine steigende de-

zentrale Energieerzeugung. Aus diesem Grund wird zukünftig das reibungslose Zusammenspiel von großen und kleinen, dezentralen Kraftwerken eine entscheidende Rolle spielen. Die Stadt-Land-Solidarität der Energieerzeugung und des Energieverbrauchs wird durch die Energiewende noch forciert und erfordert in erster Linie einen Um- und Ausbau der Netze zur Aufnahme der dezentralen Erzeugungsleistung und intelligente Energieverteilung. Besonders zu berücksichtigen ist auch, dass die landschaftliche Prägung der ländlichen Räume durch übermäßigen Ausbau erneuerbarer Energien nicht zerstört werden darf. Die Rolle von Stadtwerken als kommunale und dezentrale Nahversorger gilt es besonders zu beachten.

Ein besonderes Augenmerk hat für uns der Ausbau der Stromnetze. Die Erschließung neuer Energieformen führt nämlich zwangsläufig zu einem Ungleichgewicht zwischen den Orten der Energiegewinnung und dem Stromverbrauch. Bei der Trassierung für die Stromleitung sollen nach Möglichkeiten die Anwohner partizipieren. Jedoch sehen wir die Notwendigkeit, dass aufgrund der übergeordneten Bedeutung des Netzausbaus nicht alle Einzelinteressen von Bürgern berücksichtigt werden können.

Gesamteuropäische Lösungen zieht die Junge Union dabei nationalen Alleingängen vor. Nach der bereits erfolgten vollständigen Liberalisierung des europäischen Strommarktes ist dies aus unserer Sicht der nächste logische Schritt. Dies bedeutet unter anderem länderspezifische Vorteile, wie geographische Lage oder klimatische Bedingungen, in der EU optimal zu nutzen und vorhandene Kompetenzen und Technologien zu bündeln und auszuweiten, ohne dabei in energiewirtschaftliche Abhängigkeiten zu geraten.

Deutschland muss weiterhin eine führende Rolle bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten im Energiesektor übernehmen. Unser Land ist mit seinen Hochschulen und Forschungszentren bestens aufgestellt, um in der Energieforschung eine zentrale Rolle in Europa, aber auch weltweit, einzunehmen. Wir wollen auch weiterhin Energieforschungsland sein. Dabei muss vor allem die weitere Erforschung von Energietransport- und -speichermöglichkeiten sowie effizienter Energienutzung gefördert und gegebenenfalls ausgebaut werden. Zudem soll Deutschland seine Erfahrungen im kerntechnischen Bereich international weiterhin einbringen. Die Reaktorsicherheitsforschung darf sich nicht auf die Unterstützung des Restbetriebes der deutschen Kernkraftwerke beschränken, sondern muss auch innovative Reaktorkonzepte thematisieren, um die

Mitsprache- und Einflussmöglichkeit Deutschlands auf die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen im Ausland langfristig zu erhalten. Die Kernfusion sollte im Interesse unseres Landes weiter erforscht werden. Gerade in diesem Bereich kann Deutschland seinen Forschungsvorsprung ausbauen, um technologisch nicht überholt zu werden.

12. Umwelt

In Deutschland sind Energiepolitik und Umweltschutz untrennbar miteinander verbunden. Dabei ist unser christliches Menschenbild die Grundlage für die Bewahrung der Schöpfung. Die Liebe zur Heimat drückt sich deshalb für uns auch im Schutz der Umwelt aus. Wir sind nur Treuhänder auf dieser Erde für unsere Kinder und Enkel und wollen Ihnen einen lebenswerten Planeten hinterlassen. Auch das ist aktiver Bestandteil generationengerechter Politik. Neben Natur- muss deshalb auch Tierschutz in unserer Gesellschaft breiter Raum eingeräumt werden. Dies impliziert für uns zum einen artgerechte Tierhaltung und zum anderen Tierversuche soweit wie möglich zu reduzieren und durch alternative Methoden zu ersetzen. Das Schächten, welches bisher aufgrund religiöser Interessen teilweise noch erlaubt ist, lehnen wir strikt ab und sollte generell verboten werden.

Deutschland ist ein wunderschönes Land mit weltweit einmaligen Naturlandschaften, wie dem Rheinland, Westfalen und Lippe, wie dem Wattenmeer oder dem Alpenvorland, wie den Mittelgebirgen oder den Biosphären entlang der großen Flüsse. Die Verschmutzung durch Industrie oder menschliche Sorglosigkeit konnte durch massive Anstrengungen in den vergangenen Jahrzehnten begrenzt werden. Heute gehört unser Land zu den Staaten, die Umweltschutzvorgaben am strengsten umsetzen. Nichtsdestotrotz muss eine geeignete Balance zwischen Naturschutz und berechtigten wirtschaftlichen Interessen gefunden werden. Deutschland braucht eine intakte Umwelt und florierende Unternehmen. Nur beides macht unser Land lebenswert und zukunftsfähig. Aus Sicht der Jungen Union sollten rechtliche Vorgaben dies stärker berücksichtigen. Gerade wesentliche Infrastrukturprojekte dürfen nicht unnötig durch ökologische Einsprüche und Klagen in die Länge gezogen und verteuert werden.

Ökologie und Ökonomie sind für uns zwei Seiten einer Medaille. Umwelt- und Klimaschutz schaffen Chancen für zukunftsorientierte Arbeitsplätze. Auch aus diesem Grund wollen wir die weltweit führende Rolle Deutschlands bei den Umwelttechnologien im Interesse des Klima- und Umweltschutzes weiter ausbauen. Zudem betrachten

wir einen effizienten und sparsamen Ressourceneinsatz als Standortvorteil für unser Land. Dabei sind wir auch Vorreiter einer internationalen Klimaschutzpolitik. Deutschland muss weiterhin Verantwortung in der Umweltaußenpolitik übernehmen. Das bedeutet, auch bei internationalen Klimaschutz- und Umweltkonferenzen noch stärker als bislang voran zu gehen und Ausgleich zwischen eigentlich unvereinbaren Positionen von Schwellen- und Entwicklungsländern und Industriestaaten zu schaffen und auf die Durchsetzung der Beschlüsse zu bestehen.. Im Zuge der Energiewende können wir das Land mit der saubersten Energieversorgung und der höchsten Energieeffizienz weltweit werden. Die nationale Zielsetzung, mindestens 35 Prozent Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung zum Jahr 2020 zu erreichen und die europäische Zielsetzung, mit der sich die EU einen Anteil von 20 Prozent erneuerbarer Energie am Primärenergieverbrauch 2020 vorgenommen hat, unterstützen wir und werden die Wege zur Erreichung auch in den nächsten Jahren kritisch begleiten. Um einen nachhaltigen Klimaschutz in unserem Land zu erreichen, sind vielfältige Maßnahmen notwendig: unter anderem Energieeinsparungen, Erhöhung der Energieeffizienz, Nutzung erneuerbarer Energien. Aber auch der Küsten- und Hochwasserschutz sind wichtige Beiträge zum Schutz unserer Umwelt. Wir setzen uns gleichzeitig aber dafür ein, dass es statt staatlicher Zwangsmaßnahmen Anreize für Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz gibt. Wichtig ist, dass der öffentliche Sektor nach Möglichkeit Vorreiter bei der Energieeffizienz ist. Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit hat Vorrang.

Mobilität ist wichtig für alle Bürger. Um dies mit Klima- und Umweltschutz in Einklang zu bringen, befürworten wir den weiteren Ausbau von Carsharing und der Elektromobilität. Mit flexiblen Konzepten sollen Probleme, die unterschiedliche Anforderungen von Stadt und Land hervorbringen, gemeistert werden. Der Ausbau der Elektromobilität schafft Arbeitsplätze in Forschung und Produktion.

Kindern und Jugendlichen müssen Umwelt und Natur wieder nähergebracht werden. Nur wenn die Natur erlebbar ist, werden auch zukünftige Generationen ihren Wert zu schätzen wissen. Dazu bedarf es neben einer verstärkten Forschung und Entwicklung im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes auch einer grundlegenden Umweltbildung. Diese muss über Schulen, Umwelt- und Naturschutzverbände sowie Akteure der Land- und Forstwirtschaft im Bewusstsein unserer Gesellschaft verankert sein. Wir wollen bestehende Naturschutzgebiete als Rückzugsorte für Flora und Fauna erhalten und damit das ökologische Gleichgewicht stärken. Besonderes Augenmerk liegt hierbei auf

der Erhaltung des deutschen Waldbestandes. Insgesamt tragen die verschiedenartigen Naturschutzgebiete erheblich zum Erhalt des ökologischen Gleichgewichts bei.

Seit Jahren müssen wir leider weltweit einen Rückgang der Artenvielfalt zur Kenntnis nehmen. Einzelne Länder sind mit den Herausforderungen oftmals überfordert. Deswegen ist die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes elementar. Die weltweite Bewahrung der biologischen Vielfalt ist auch aus deutscher Sicht sehr wichtig. Wir setzen uns daher für völkerrechtlich bindende Regelungen zum Schutz von Tieren, Meeren und Wäldern ein.

13. Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Wirtschaft

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes ist ein unverzichtbarer Garant für die Schaffung von Arbeitsplätzen, den Fortbestand unserer Sozialsysteme, solide Staatsfinanzen, gesellschaftlichen Zusammenhalt und sozialen Frieden. Die Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen sind Grundlage unseres Wohlstandes. Zentrale politische Entscheidungen müssen daher immer insbesondere daran gemessen werden, welche wirtschaftlichen Folgen mit ihnen verbunden sind. Markteingriffe wie überbordende Regulierung, die übertriebene Einschränkung von Flexibilität oder zu hohe finanzielle Belastungen für die Wirtschaft gefährden die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Vor diesem Hintergrund waren die Maßnahmen der Agenda 2010 richtig und zwingend notwendig. Um die Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft zu erhalten, muss die Politik bereit sein, auch in Zukunft unpopuläre Reformprojekte anzugehen.

Wir streben ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum an, das wie skizziert nicht auf die Zerstörung der Natur oder den Verbrauch endlicher Ressourcen angewiesen ist. Eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung und der Herstellung entsprechender Technologien wird nicht nur unserer Verantwortung für die Schöpfung gerecht, sondern wird auch ein Wettbewerbsvorteil für unsere Wirtschaft sein. Hierzu ist auch ein gesellschaftliches Klima erforderlich, dass offen ist für Neues und in dem technischer Fortschritt nicht als Bedrohung, sondern als Chance für höhere Lebensqualität gesehen wird.

Die Junge Union bekennt sich dabei zu einer Politik, die auf Wachstum und Fortschritt setzt. Wachstum und Markt sind kein Selbstzweck. Sie haben dem Menschen zu dienen. Dieses gilt sowohl in sozialer als auch ökologischer Hinsicht. Wirtschaftliches Wachstum darf nicht durch Verschuldung zu Lasten unserer Kinder oder durch die Abkehr von Solidarität und Gemeinsinn erkaufte werden. Gleichzeitig brauchen wir einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Natur, der auch zukünftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen erhält.

Wir bekennen uns zur Sozialen und Ökologischen Marktwirtschaft, auch auf europäischer Ebene. Wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit sind zwei Seiten einer Medaille. Freiheit und Verantwortung sind die grundlegenden Gestaltungsprinzipien unserer Marktwirtschaft. Freiheit bedeutet in erster Linie Handlungsfreiheit. Um nach eigenem Wissen und Gewissen frei zu handeln zu können, ist eine wettbewerbsorientierte Wirtschaftsordnung nötig. Diese beruht auf Privateigentum und Vertragsfreiheit. Aus der Handlungsfreiheit folgt auch die Verantwortung für das eigene Handeln. Nur dann können sich Innovationen und neue Ideen durchsetzen, die eine wesentliche Basis unseres Wohlstandes sind. Freiheit bedeutet gleichzeitig, dass die Menschen zunächst für sich selbstverantwortlich sind. Die Leistungsbereitschaft und die Leistungsfähigkeit der Menschen sind deshalb Voraussetzungen für den Sozialstaat.

Mit dem Prinzip der Freiheit unmittelbar verbunden ist das Verantwortungs- und Haftungsprinzip. Der Staat übernimmt die Verantwortung für soziale Sicherung, günstige Rahmenbedingungen für Wachstum und Wohlstand, die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und eine nachhaltige Finanzpolitik, die die nachfolgenden Generationen nicht durch Schulden belastet. Für die Bürger und Unternehmen bedeutet das Verantwortungsprinzip, dass sie gleichermaßen für ihre Handlungen im positiven und negativen Sinn haften. Die Unternehmen haben darüber hinaus eine gesellschaftliche Verantwortung. Sie haben im Rahmen der Sozialpartnerschaft einen Auftrag zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und damit von Einkommen. Weil Eigentum verpflichtet und somit gleichermaßen Einzel- wie Gemeinwohl dient, muss Eigentum auch einem besonderen Schutz unterstehen. Eine freie Gesellschaft ohne Eigentum ist für die Junge Union nicht denkbar.

Eine enge Zusammenarbeit zwischen Theorie und Praxis, zwischen Forschungseinrichtungen, insbesondere Hochschulen, und Unternehmen ist von beiderseitigem Vorteil.

Ein positives Gründerklima und Innovationen schaffen Arbeitsplätze. Bund und Länder müssen hierfür Anreize setzen und die deutschen Hochschulen beispielsweise bei der Einrichtung von Innovations- und Technologieparks unterstützen.

Die europäische Einigung ist nicht nur ein Friedensprojekt, sondern auch ein herausragender wirtschaftspolitischer Faktor für das Exportland Deutschland. Ein einheitlicher und stabiler Währungsraum in der Europäischen Union und die Stärkung des Binnenmarktes sind in unserem wirtschaftlichen Interesse. Hierzu müssen die europäischen Förderprogramme einen stärkeren Beitrag leisten. Denn die deutsche Exportstärke ist eine zentrale Stütze der Wirtschaft und hat besonderen Anteil an der Steigerung von Wohlstand und der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Deutschland muss daher seine Stärken im globalen Wettbewerb weiter ausspielen und auch über Europa hinaus als Treiber des Freihandels bei der Welthandelsorganisation WTO fungieren. Die Position als Exportnation gilt es auszubauen und gleichzeitig attraktiv für Unternehmensansiedlungen aus dem Ausland zu sein. Langfristig sollten wir eine Freihandelszone mit Nordamerika und anderen demokratischen Nationen anstreben.

Auf den stark international vernetzten Finanzmärkten sind einzelstaatliche Maßnahmen nicht wirksam genug. Effektiv kann daher eine Regulierung des Finanzmarktes nur sein, wenn sie global erfolgt. Treiber für ein stärkeres international einheitliches Vorgehen sollten die Europäische Union und die G20 sein. Unterschiedliche Interessenlagen zwischen den Staaten dürfen hierbei nicht zu einer Beibehaltung des Status quo führen. Bei begründetem Bedarf sollten zielführende bi- und multinationale Verträge die Ausgangspunkte für weitere internationale Zusammenarbeit sein. International abgestimmt sollten private Investitionsrisiken verstärkt und Management-Anreizsysteme auf den nachhaltigen Erfolg hin ausgerichtet werden.

Wir bekennen uns zum Industriestandort Deutschland. Dabei bieten nicht nur die großen Industrieunternehmen, sondern insbesondere der familiengeführte industrielle Mittelstand vielen Menschen attraktive und gut bezahlte Arbeitsplätze. Sie sind im weltweiten Vergleich höchst effektiv und produktiv. Diese Basis müssen wir stärken. Die Verhinderung industrieller Entwicklung würde unserem Land mittelfristig eine zentrale Wohlstandsgrundlage entziehen.

Arbeitsmarkt

Ein funktionsfähiger Arbeitsmarkt ist Grundvoraussetzung für den Ausgleich zwischen Arbeitsangebot und –nachfrage. Unternehmen sind zur Sicherung ihrer Fachkräftebasis sowohl auf das eigene Engagement zur Nachwuchssicherung und Fachkräftegewinnung als auch auf flexible Beschäftigungsmöglichkeiten wie befristete Arbeitsverhältnisse und Leiharbeitsverhältnisse angewiesen. Zugleich besteht ein berechtigtes Interesse der Beschäftigten nach fairen Arbeitsbedingungen und Sicherheit durch einen ausreichenden Kündigungsschutz. Die Junge Union setzt sich für einen angemessenen Ausgleich dieser widerstreitenden Interessen durch arbeitsrechtliche Regelungen ein. Diese Regelungen wollen wir anders als bisher in einem einheitlichen Arbeitsgesetzbuch zusammenfassen, um sie für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen transparenter und klarer zu gestalten.

Jegliche Anreize in der Arbeitslosigkeit zu verbleiben, wollen wir abbauen. Dies gilt insbesondere für die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld. Es gilt das Prinzip fördern und fordern. Reformen am Arbeitsmarkt und im Bereich der Sozialhilfe haben dafür zu sorgen, dass es sich auch in niedrigeren Lohngruppen zu arbeiten lohnt. Weiterführend muss die Verweigerung einzelner gegenüber dem Arbeitsmarkt stärker geahndet beziehungsweise nicht toleriert werden, da hiermit die Solidargemeinschaft gezielt ausgenutzt wird.

Die Unternehmen werden unter anderem nur dann erfolgreich sein, wenn sie über genügend gut ausgebildete Fachkräfte verfügen. Um den Herausforderungen zur Sicherung der Fachkräftebasis erfolgreich begegnen zu können, bedarf es einer übergreifenden und schlüssigen Gesamtstrategie. Es geht darum, vorhandene Potenziale besser zu nutzen, konsequent zu entfalten und zusätzliche Potenziale zu schaffen. Bildung beziehungsweise Ausbildung ist hierbei das zentrale Schlüsselthema.

Wir wünschen uns, dass mehr qualifizierte Frauen in Wirtschaft und Verwaltung Führungsverantwortung übernehmen. Arbeitgeber sind gefordert, die Steigerung des Frauenanteils aktiv zu befördern. Gesetzliche Geschlechterquoten halten wir für kontraproduktiv und lehnen diese ab.

Auch die immer größer werdende Zahl an Unternehmern mit Migrationshintergrund zeugen von einer Erfolgsgeschichte. Wir müssen deshalb darauf achten, hochqualifi-

zierten Zuwanderern Einreise und Aufenthalt durch geeignete Punktesysteme zu erleichtern. Deutschland ist auf jeden Menschen angewiesen, der zum Gemeinwohl beitragen kann. Im Gegenzug darf eine Ausnutzung des deutschen Sozialsystems durch Migranten nicht geduldet werden.

Angesichts des demographischen Wandels war die Rente mit 67 ein Schritt in die richtige Richtung. Grundlage der Verrentung soll in Zukunft nicht mehr eine feste Altersgrenze, sondern vielmehr die Lebensarbeitszeit unter Einbeziehung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten sein. Dabei muss es allerdings eine feste Ober- und Untergrenze für das Renteneintrittsalter geben. Die Junge Union wirbt angesichts der demographischen Entwicklung für die Etablierung und Inanspruchnahme von Modellen betrieblicher und privater Rentenvorsorgen. Im Zuge des steigenden Renteneintrittsalters ist die Berücksichtigung altersgerechter Arbeitsbedingungen essenziell. Wir setzen uns dafür ein, dass konjunkturbedingte Überschüsse in den Rentenkassen als Demografie-Rücklage verwendet werden, um das rasche Anwachsen der Beitragssätze in Zukunft abzumildern. Dazu soll der Rücklagenzeitraum in den Rentenkassen erhöht werden.

Die Tarifautonomie ist ein zentrales Element unserer Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist Garant für den sozialen Frieden und ein Standortvorteil für die deutsche Wirtschaft. Die Tarifvertragsparteien haben bewiesen, dass sie immer wieder auch angesichts sich verändernder Rahmenbedingungen in der Lage waren, die tariflichen Regelungen den wirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen entsprechend zu modernisieren. Staatliche Eingriffe in die Tarifautonomie, die das Kräfteverhältnis der Sozialpartner aus dem Gleichgewicht bringen, gefährden Arbeitsplätze und widersprechen den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Sie bringen das komplexe und ausbalancierte Tarifsystem aus dem Gleichgewicht und schwächen die Rolle der Tarifparteien.

Die Junge Union bekennt sich zum Prinzip der Tarifeinheit. Dabei kann es nicht das Ziel sein, Monopole zu schaffen. Auch kann es nicht darum gehen, Spartengewerkschaften zu unterbinden. Es bedarf jedoch der Rechtsklarheit für den Fall einer Kollision. Es muss sichergestellt sein, dass in einem Betrieb eine einheitliche Friedenspflicht gilt.

Auch gesetzliche Mindestlöhne widersprechen unserer freiheitlichen Tarifautonomie, schädigen unsere Wirtschaft und werden von uns daher strikt abgelehnt. Stattdessen setzen wir in der steigenden Anzahl der Betriebe, die keine Tarifbindung aufweisen, auf eine durch die Tarifpartner festgelegte, regionen- und branchenspezifische Lohnuntergrenzen.

14. Finanzen und Steuern

Die Finanz- und Steuerpolitik ist wie andere Felder auch eine klassische Querschnittsaufgabe. Sie wirkt in alle anderen Politikbereiche hinein und wird zugleich von ihnen beeinflusst. Finanz- und Steuerpolitik ist daher nicht nur als reine Verwaltungs-, sondern vor allem als Gestaltungsaufgabe zu sehen.

Eine solide Haushaltspolitik liegt im fundamentalen Interesse der jungen Generation. Wenn die Schuldenlast Deutschlands und anderer europäischer Staaten nicht reduziert wird, wird unsere Generation ein schwerwiegendes finanzielles Erbe antreten müssen. Statt Politik aktiv zu gestalten, würden wir zu Getriebenen von Handlungszwängen, die uns marode Staatsfinanzen auferlegen. Finanzkrisen dürfen in Zukunft nicht mehr zu Krisen der Europäischen Union im Ganzen werden und das damit verbundene Friedens- und Gemeinschaftswerk gefährden. In der Europäischen Währungsunion brauchen wir klare, allgemein verbindliche und konsequent einzuhaltende Regeln für jedes einzelne Land. Verstöße gegen diese Regeln sind zu sanktionieren.

Der Euro als gemeinsame Währung und seine Stabilität sowie die weitere Stärkung des Binnenmarktes sind im zentralen deutschen Interesse. Trotz der Schuldenkrise in einigen Euro-Ländern und Rettungsschirmen überwiegen die wirtschaftlichen und finanziellen Vorteile für Deutschland die Risiken. Auch wenn Wachstum der einzige Weg aus Wirtschaftskrisen ist, muss die Europäische Zentralbank ihre Geldpolitik nachhaltig ausrichten. Wachstum durch Inflation lehnen wir ab und dringen hier auf Solidität. Ebenso gilt es zu prüfen, die Stimmrechte der EZB stärker nach dem echten Anteil und Einfluss in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auszurichten. Oberstes Ziel bleibt es, sich möglichst frühzeitig über ein koordiniertes Vorgehen zu einigen und gleichzeitig die Prinzipien der einzelstaatlichen Unabhängigkeit und des Wettbewerbs zu wahren. In diesem Sinne ist ergänzend zur einheitlichen, von der EZB verantworteten, Geldpolitik eine ebenso einheitliche Fiskalpolitik im Euroraum anzustre-

ben. Das stärker abgestimmte Vorgehen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik darf den Wettbewerb nicht behindern.

Eben weil in der Europäische Wirtschafts- und Währungsunion die Geldpolitik eingeschränkt ist, müssen den Ländern noch nationale Instrumente zur Verfügung stehen. Deshalb lehnen wir zum Beispiel einheitliche Unternehmenssteuersätze ab. Die Verantwortung demokratisch legitimierter nationaler Instanzen muss gewahrt bleiben.

Die Junge Union hat sich auf bundes- und europapolitischer Ebene als Anwalt der jungen Generation für die Schuldenbremse eingesetzt und wird deren Einhaltung konsequent einfordern. Der Schuldenabbau muss so konsequent wie möglich durchgeführt werden. Unerwartet höhere Einnahmen sollen zur Tilgung und nicht zu weiteren Ausgaben führen. Deutschland hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Es gilt, den mit der Sozialen Marktwirtschaft eng verknüpften Grundsatz des Maßhaltens zu betonen. Die Einhaltung von Haushaltsdisziplin und die Verankerung von Schuldenbremsen in allen Verfassungen der Bundesländer sowie der EU-Mitgliedsstaaten hat für uns Priorität. Zur Überwindung von Krisen müssen alle Mitgliedstaaten ihren Anteil einbringen. Niemand darf sich auf den Schultern von vermeintlich stärkeren Ländern „ausruhen“. Die Junge Union lehnt eine Vergemeinschaftung von Schulden innerhalb der Länder des Euro-Raumes ab.

Steuerpolitik ist zugleich auch Steuerungspolitik. Es geht darum, Rahmenbedingungen für möglichst anhaltendes Wirtschaftswachstum zu setzen, so dass Beschäftigung und Wohlstand gefördert werden. Steuerpolitik ist aber vor allem unter dem Aspekt der Leistungsgerechtigkeit zu sehen: Derjenige, der etwas leistet, soll davon auch profitieren. Damit das Steuerrecht seinen Beitrag zum Wachstum leisten kann, muss es einfach und gerecht sein, damit keine Ressourcen verschwendet und Leistungsanreize gesetzt werden. Deshalb setzen wir uns für eine konsequente Vereinfachung des Einkommen- und auch des Unternehmen- und Umsatzsteuerrechts ein. Eine Verringerung der Ausnahmetatbestände bei der Mehrwertsteuer ist überfällig. Die Erbschaftsteuer als Reinform einer ideologisierten Neidsteuer ist abzuschaffen.

15. Sozial- und Gesellschaftspolitik

Sozialpolitik

Eigenverantwortung und Solidarität gehören zusammen. Nur wer sein eigenes Leben selbstbestimmt gestaltet, kann auch Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen. Die Junge Union glaubt an die Talente und die Gestaltungskraft jedes Einzelnen. Jeder Mensch verfügt über Stärken, die in unserer Gesellschaft gebraucht werden und auf die wir nicht verzichten wollen und können. Deshalb kommt es entscheidend darauf an, diese Stärken nach Kräften zu fördern. Wir geben nicht zuletzt deshalb der Eigenverantwortung den Vorrang vor staatlicher Bevormundung. Ein Sozialstaat, der das Prinzip der Subsidiarität missachtet, stößt schnell an seine Leistungsgrenzen. Deswegen ist für uns wichtig, im diesem Sinne kleinere Lebenskreise und direkte zwischenmenschliche Solidarität zu fördern. Denn so kann notwendige Hilfe individuell angemessener geleistet und zum Anstoß für Selbsthilfe werden. Wer sich nicht selbst helfen kann, hat hingegen dauerhaft Anspruch auf die Unterstützung der Gemeinschaft. Wer aber gesund und leistungsfähig ist, hat nicht zuletzt der Gesellschaft gegenüber die Pflicht, die ihm zuteil gewordene Solidarität als Starthilfe in ein freies, selbstbestimmtes Leben zu begreifen. Eltern unterstützen ihre Kinder, um ihnen einen erfolgreichen Start ins Leben zu ermöglichen und ihnen bei der Überbrückung schwerer Lebenslagen zu helfen. Umgekehrt tragen die erwachsenen Kinder eine Verantwortung gegenüber ihren Eltern. Ebenso sollte die Solidarität innerhalb unseres freiheitlichen Gemeinwesens verstanden werden. Die Alimentierung von Sozialhilfe-Karrieren lehnen wir daher ab.

Sozialpolitik sollte in Zukunft vielmehr vorausschauend und nachhaltig betrieben werden. Anstatt Symptome zu bekämpfen, wenn bereits Schaden entstanden ist, sollte es vielmehr vordringlichste staatliche Aufgabe sein, die Startchancen junger Menschen optimal auszugestalten. Hierzu bedarf es eines leistungsfähigen Bildungssystems, dass jedem zugänglich ist, möglichst früh einsetzt und jedes Kind und jeden Jugendlichen nach seinen individuellen Möglichkeiten fördert. Bildungspolitik ist vorausschauende, präventive Sozialpolitik. Hierzu gehört ebenso die Förderung für Kinder und Jugendliche an der Teilhabe der Gesellschaft. Wir als Junge Union sehen das Bildungs- und Teilhabepaket als sinnvolles Mittel der vorausschauenden Sozialpolitik. Jeder sinnvoll in Bildung investierter Euro ist gut angelegt und verhindert massenhafte, lebenslange staatliche Alimentierung. Durch Bildung erreichte Chancengerechtigkeit entspricht außerdem einem gesunden und richtig verstandenen Leistungsgedanken, der indivi-

duelle Anstrengung belohnt und gleichsam die Voraussetzungen für spätere Solidarität gegenüber der Gesellschaft schafft.

Gesellschaftspolitik

Wir wollen, dass unsere Gesellschaft ein funktionierendes soziales Netzwerk ist. Wir wollen Chancen für jeden Menschen und eine von Eigenverantwortung geprägte Bürgergesellschaft. Freiheit und Verantwortung erfordern Chancengleichheit, um jedem Menschen optimale Entfaltung zu ermöglichen. Ergebnisgleichheit, wie sie der linke Gerechtigkeitswahn vorsieht, widerspricht dem Wesen des Menschen und verhindert die Ausbildung individueller Stärken und Neigungen. Nur freien Persönlichkeiten erwächst die Möglichkeit, Eigeninitiative für das Gemeinwohl zu zeigen. Weiterhin ist auch gesundes Nationalgefühl von großer Bedeutung für eine funktionierende, leistungsbewusste und solidarische Gesellschaft. Wer gegenüber der eigenen Nation positive Emotionen empfindet und sich in ihren Kontext einbettet, begreift es gleichwohl als natürlichen Auftrag, diesem Gemeinwesen durch eigene Anstrengung und seinen Angehörigen nach Kräften zur Seite zu stehen. Hierbei kommt es entscheidend darauf an, gerade Zuwanderern die Gelegenheit zu geben, sich mit Deutschland zu identifizieren und aus dieser Identifikation, Anreiz und Freude zur Teilhabe und weiteren Gestaltung unseres Gemeinwesens zu entwickeln. Wer ein eigenverantwortliches, freies Leben führt und sich zu unseren Werten und unserer Nation bekennt, ist willkommen und verdient unsere Anerkennung und in Notlagen ebenso unsere Solidarität.

Die Kirchen und Religionsgemeinschaften in unserem Land nehmen zu Recht eine starke Stellung ein. Das Staatswesen Deutschlands ist vom christlichen Menschenbild geprägt, ohne dass die säkulare Ausrichtung zur Disposition steht. Die Junge Union bekennt sich zur individuellen und kollektiven Religionsfreiheit sowie zum kirchlichen Selbstbestimmungsrecht als konstitutive Voraussetzungen einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wir wollen, dass jeder Bürger seine Religion frei und ohne Zwang im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ausüben kann. Mit Sorge blicken wir auf die zunehmende Entchristlichung in weiten Teilen der Gesellschaft. Die katholische und evangelische Kirche wollen wir dazu ermutigen, neues Vertrauen in den Glauben zu vermitteln. Die Sehnsucht nach geistlicher Orientierung ist unverkennbar vorhanden. Es müssen daher neue Wege gefunden werden, den Menschen die universellen Werte des Christentums die Staat und Gesellschaft geprägt haben, näherzubringen.

Die Junge Union bekennt sich zu einer vielfältigen Gesellschaft, in der jeder Mensch seinen Platz hat. Dieser Vorstellung entspricht unsere praktische Politik, die stets den Anspruch hat, der gesellschaftlichen Realität Rechnung zu tragen. Die Junge Union begrüßt das umfängliche und breite ehrenamtliche Engagement in unserem Land. Diejenigen, die sich in ihrer Freizeit in hohem Maße ehrenamtlich, engagieren und einbringen, verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung. Wir wollen als Junge Union unseren Beitrag dazu leisten, dass diese Arbeit stärker als bisher in der Öffentlichkeit gewürdigt wird.

Die Junge Union spricht sich nachdrücklich gegen jede Form staatlicher Unterstützung für Scientology und für ein striktes Vorgehen und eine gründliche Aufklärungsarbeit gegen diese gefährliche Sekte aus.

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Ein zentraler Gedanke des christlichen Menschenbildes ist die Überzeugung, dass jedes Leben lebenswert ist. Behinderte Menschen dürfen deshalb nicht benachteiligt oder ausgegrenzt werden. Es ist die Aufgabe der gesamten Gesellschaft und des Gesetzgebers, sie vor Diskriminierung zu schützen und ihnen die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Damit sie ihr Leben selbstbestimmt führen können, muss Chancengleichheit und Barrierefreiheit hergestellt werden. Dazu ist es notwendig, die in der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (2006) vorgegebenen Ziele zu garantieren und, wo dies noch nicht geschehen ist, schnellstmöglich umzusetzen. Wir wollen die Inklusion von Menschen mit Behinderung in allen Bereichen vorantreiben. Das ist uns ein fundamentales Anliegen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Bildung und Ausbildung zu. Inklusion muss bereits im Kindergarten beginnen und sich in den Regelschulen fortsetzen. Jeder Schüler, ob mit oder ohne Behinderung, soll die ihm gemäße bestmögliche Förderung erfahren. Allerdings ist der Erhalt von Förderschulen insofern sinnvoll, da Menschen mit Mehrfachbehinderung oftmals eine Regelschule nicht besuchen können.

Ein zentraler Gedanke des christlichen Menschenbildes ist die Überzeugung, dass jedes Leben lebenswert ist. Behinderte Menschen dürfen deshalb nicht benachteiligt oder ausgegrenzt werden. Sie gehören fest zu unserer lebendigen Gesellschaft und sollen jede Chance erhalten, ihr Leben selbstbestimmt führen zu können. Wir wollen

die Inklusion von körperlich- und geistig behinderten Mitbürgern in allen Bereichen wo möglich vorantreiben. In Bildungseinrichtungen sollte bei der Inklusion von Schülern mit Behinderung darauf geachtet werden, dass das Wohl aller Kinder im Mittelpunkt bleibt.

Jeder Mensch hat einen Anspruch auf die Achtung seiner Würde und seines unveräußerlichen Rechts auf Leben. Die Menschenwürde und das Recht auf Leben sind Grundlage und Voraussetzung aller menschlichen Rechte und Verpflichtungen. Sie dürfen keinem anderen Recht untergeordnet werden. Das Leben des Menschen, auch des Ungeborenen und Sterbenden, ist für niemanden verfügbar. Es ist weder von menschlichen Urteilen noch von seinem Nutzen für den einzelnen oder die Gesellschaft abhängig. Die Junge Union lehnt pränatale Blutuntersuchungen, die lediglich das Ziel verfolgen einen Gendefekt des Embryos festzustellen, was häufig zu einer Abtreibung führt, entschieden ab.

16. Integration

Die Junge Union begrüßt das Miteinander von Menschen vieler verschiedener Nationalitäten, Kulturen und Religionen in Deutschland, die unser Zusammenleben in vieler Hinsicht anregen und neu gestalten. Gelungene Integration liegt im Interesse Deutschlands und muss von den Werten dieses Landes geprägt sein. Die Integration von Einwanderern in die deutsche Mehrheitsgesellschaft ist eine der wichtigsten Aufgaben für die gesamte Gesellschaft und eines der wichtigsten Kriterien für den sozialen Frieden und die Entwicklung unseres Landes. Bürger mit Migrationshintergrund sind ein zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft. Die Junge Union setzt sich deshalb für eine Integrationspolitik ein, die sich an der Leitkultur in Deutschland orientiert. Integration kann nur erfolgreich sein, wenn Menschen mit Migrationshintergrund die deutsche Sprache lernen, die auf dem christlichen Menschenbild fußenden Werte Europas achten sowie Traditionen und Gebräuche, aus denen auch die deutschen Gesetze entspringen, respektieren. Auf dieser Basis setzt sich die Junge Union für ein zukunftsorientiertes Miteinander ein, in dem sich jeder Bürger unabhängig von sozialer, ethnischer oder religiöser Herkunft frei entfalten kann. Dieser Rahmen schafft die notwendige Motivation um gesellschaftliche Barrieren selbstverantwortlich zu überwinden. In diesem Zusammenhang spricht die Junge Union sich für die Einführung eines Vollverschleierung-Verbotes in Deutschland aus.

Wir freuen uns, dass die Integration vieler Menschen in unserem Land schon über Jahrzehnte hinweg gut funktioniert. Erfolgreiche Unternehmer, aber auch Sportler und andere bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit Migrationshintergrund zeugen davon. Allerdings gibt es einen zu hohen Anteil an Migranten, deren Integration nicht gelingt, was zu höherer Kriminalität und Arbeitslosigkeit sowie Abschottung und Ablehnung der Gesellschaft führt. Wir wollen daher eine stärkere Identifikation dieser Migranten mit Deutschland fördern und fordern. Dabei muss Deutschland einen positiven Patriotismus vorleben, wie es beispielsweise bei großen Sportereignissen in der Vergangenheit der Fall ist. Die Einbürgerung ausländischer Staatsangehöriger steht weiterhin am Ende des erfolgreichen Integrationsprozesses und nicht schon am Beginn. Jede Einbürgerung sollte in Form einer Zeremonie veranstaltet werden, zu der unter anderem die Nationalhymne als fester Bestandteil gehört. Die deutsche Staatsbürgerschaft übertragen zu bekommen, muss mehr sein als ein reiner Verwaltungsakt und ist auf eine dementsprechende Würdigung durch staatliche Stellen angewiesen.

Bei der Integration gilt für die Junge Union das Prinzip des Förderns und Forderns. Sprachtests im Vorfeld der Einreise müssen erhalten bleiben. Generelle doppelte Staatsbürgerschaften und ein Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger lehnen wir ab. Die deutsche Sprache ist weiterhin die wichtigste Grundlage für eine erfolgreiche Integration. Sie ist ein verbindendes Element unserer kulturell, religiös und sozial heterogenen Gesellschaft. Kinder von Migranten müssen demzufolge so schnell wie möglich in Kontakt mit der deutschen Sprache kommen und bei Defiziten entsprechend gefördert werden. Sprachuntersuchungen und zusätzlicher Deutschunterricht sind auszuweiten. Die deutsche Sprache zu lernen hat sich als entscheidende Voraussetzung für gelingende Integration bewährt.

Die Junge Union strebt an, dass Migranten stärker in der Verwaltung und Wirtschaft vertreten sind, da diese durch die Sprach- und Kulturkenntnisse der neuen Mitarbeiter leistungsfähiger werden. Dazu können gezielte Werbemaßnahmen beitragen. Quoten für die Einstellung von Bürgern mit Migrationshintergrund in Verwaltung und Wirtschaft lehnen wir allerdings – wie jede Form der Quotierung – entschieden ab. Die Junge Union setzt sich für die Vereinfachung des Anerkennungsverfahrens ausländischer Abschlüsse in Deutschland bei gleicher Qualität ein.

Zivilgesellschaftliche Bemühungen sind im Sinne des Subsidiaritätsgedanken am besten geeignet, die Integration zu fördern. Stadtteilmütter, Integrationslotsen, Integrationsbeauftragte in Sportvereinen sind nur einige Beispiele für solches Engagement. Der Staat soll dies durch Geld- und Sachleistungen fördern ohne dadurch die gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu ersetzen.

Migranten und Migrantenorganisationen, die unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnen, sind durch Polizei und Verfassungsschutz zu beobachten. Dieser sehr geringe Teil der Migranten schadet der Integration besonders. Bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen sind diese Organisationen zu verbieten und ihre Mitglieder konsequent abzuschieben.

17. Föderalismus

Deutschland ist ein föderaler Bundesstaat und als diesen wollen wir ihn erhalten. Die Kompetenzen der Länder in vielen Fragen des öffentlichen Lebens sind historisch gewachsen und stehen für das Erfolgsmodell der Bundesrepublik. Im Gegensatz zu einem Zentralstaat basiert die Stärke unseres Landes auf der Vielfalt seiner Städte und Kreise, seiner Bundesländer und Regionen. Lokalpatriotismus ist eine produktive Antriebskraft im Bemühen, das Land als Ganzes nach vorne zu bringen. Der Stolz auf die eigene Herkunft spielt dabei eine ebenso große Rolle wie die identitätsstiftende Funktion der Heimat in einer zunehmend globalen Welt. Bisweilen ist das Bekenntnis, aus einer bestimmten Region in Deutschland zu kommen, der nationalen Herkunft übergeordnet. Die Junge Union hält es dennoch für richtig, die Zusammenlegung von Bundesländern aus administrativen Gründen sowie im Sinne der Gerechtigkeit hinsichtlich der Bedeutung eines Bundeslandes zu prüfen. Insbesondere Stadtstaaten und das Saarland sollten in die umliegenden Bundesländer integriert werden. Gleiches gilt für die Übertragung von Kompetenzen an bundesstaatliche Institutionen. Nicht alle Politikbereiche, die von Landesregierungen verantwortet und verwaltet werden, zeigten jenen Erfolg, den wir uns zum Wohle aller wünschen.

Zur föderalen Solidarität innerhalb eines Bundesstaates gehört die faire Lastenverteilung auf alle dem Gesamtstaat zugehörigen Bundesländer. Dennoch halten wir den Länderfinanzausgleich für reformbedürftig. Im Zuge der Vollendung der deutschen Einheit war es folglich richtig und notwendig, die Aufbauleistungen in den neuen Ländern durch finanzielle Leistungen aller Deutschen zu stützen. Gleiches muss in Zu-

kunft aber auch für notleidende Regionen, Kommunen und Landkreise unabhängig ihrer geographischen Zuordnung möglich sein. Nur so erreichen wir, dass unsere gemeinsame Heimat nicht mehr in altem Denken zwischen Ost und West auseinanderbricht. Wir sind ein Volk und als solches allen Bürgern in Deutschland solidarisch verbunden.

Wir werben für eine Föderalismusreform III mit dem Ziel die Finanzverfassung des Grundgesetzes zu reformieren und so die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu entflechten und auf Mischfinanzierungen möglichst zu verzichten.

18. Kommunales

Gleichberechtigt neben der Europa-, Bundes- und Landesebene ist für die Junge Union das kommunale Handlungsfeld. Auf dieser Ebene wollen sie sich für das Gemeinwohl aktiv und nachhaltig einsetzen. Aus diesem Grund betonen wir das Subsidiaritätsprinzip und stehen für die grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung ein. Behörden sollten sich als Dienstleister gegenüber dem Bürger verstehen und dementsprechend arbeiten und auch wirtschaften. Sie sind zuvorderst dem Gemeinwohl verpflichtet.

Mit der strukturellen Aufgabenüberlastung geht eine strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen einher. Daher muss das Konnexitätsprinzip strikt eingehalten werden, um ein Ausbluten der Kommunen zu verhindern und Gestaltungsspielräume zu erhalten. Ganz nach dem Prinzip: „Wer bestellt, muss auch bezahlen“. Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern, sowie zwischen Ländern und Kommunen muss folglich auf ein neues Fundament gestellt werden.

Dem spürbaren Bedürfnis der Bürger nach stärkerer Beteiligung kann insbesondere im kommunalen Kontext durch Gesprächsforen und Ideenbörsen Rechnung getragen werden. Um einzelne Gesellschaftsgruppen kontinuierlich partizipieren zu lassen, kann die Gründung von ehrenamtlichen Beiräten mit passender Besetzung ein geeignetes Mittel sein. Wir plädieren zudem für den Ausbau und der Erprobung neuer Beteiligungsmöglichkeiten. Endgültige Entscheidungen müssen allerdings von den gewählten Gremien rechtsverbindlich getroffen werden. Auch im kommunalen Bereich glauben wir an die Stärke der repräsentativen Demokratie. Darüber hinaus können Instru-

mente des E-Government, der E-Partizipation und der digitalen Bürgerdienste zu einer flexibleren und bürgerfreundlicheren Verwaltung beitragen.

Im internationalen Wettbewerb stehen sich – wie skizziert – nicht nur mehr Städte und Gemeinden, sondern zunehmend Regionen gegenüber. Bei der fortschreitenden Aufgabenüberlastung und strukturellen Unterfinanzierung gilt es, regionale Vernetzung zu stärken, Aufgabenteilung zwischen einzelnen Kommunen zu forcieren und kommunale Stärken auf mehrere kommunale Schultern zu verteilen. In diesem Zusammenhang ist auch die interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) stärker voranzutreiben.

Wir wissen aus eigener Erfahrung, dass politisches Wirken oftmals zeitaufwendig ist. Kommunales Engagement muss daher durch arbeitnehmerfreundlichere Sitzungszeiten ermöglicht werden. Unser Land braucht Bürger, die bereit sind, über das, was von ihnen in Beruf und Familie Tag für Tag abverlangt wird, hinaus aktiv zu sein und sich für die Belange der Mitmenschen einzusetzen. Nirgendwo sonst wird die Kraft der Politik, die Lebensverhältnisse zum Besseren zu verändern, spürbarer als in der Kommunalpolitik. Wir wollen diese Bereitschaft zum Engagement erhalten und die Junge Union weiter als eine der stärksten politischen Kräfte auf lokaler Ebene positionieren.

19. Verkehr und Infrastruktur

Die Zukunft der deutschen Verkehrs- und Infrastrukturpolitik ist entscheidend für den Erfolg unserer großen Städte wie auch des ländlichen Raums. Sie bildet das Bindeglied zwischen den Ebenen der Nation, der Bundesländer, der Regionen, der Kommunen und der ländlichen Besiedelung. Als dicht besiedeltes Flächenland ist die Bundesrepublik mehr als jeder andere Staat in Europa auf eine verlässliche und nachhaltige Planung wichtiger Verkehrs- und Infrastrukturprojekte angewiesen. Das Transitland Deutschland muss über hervorragend ausgebaute Straßen sowie Schienen- und Wasserwege verfügen. Ein nationales Hafenkonzept sichert die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Häfen im internationalen Wettbewerb. Der Staat muss dafür sorgen, dass Transportwege und öffentliche Einrichtungen, die ein natürliches Monopol darstellen, für alle Marktteilnehmer frei zugänglich sind und ihre Kapazität den Anforderungen entsprechen. Ein effizienter Einsatz knapper Ressourcen ist durch eine koordinierte und bedarfsgerechte Planung – unter anderem durch Aufnahme der Flughäfen in den Bundesverkehrswegeplan – sicherzustellen. Wir plädieren für die Einführung einer

PKW-Maut (Vignettenlösung) auf Bundesautobahnen mit gleichzeitiger Reduzierung der KFZ-Steuer. Ein generelles Tempolimit auf deutschen Bundesautobahnen lehnen wir ab.

Bürger müssen frühzeitig in die Entwicklung unserer Infrastruktur von Flughäfen, über Verkehrsachsen bis zu Stromtrassen einbezogen werden. So können Bürgerproteste und damit verbundene Verzögerungen vermieden werden. Die Junge Union vertritt die Überzeugung, dass konservative Moderne bedeutet, an der Spitze des Fortschritts zu stehen. Demzufolge ist die Modernisierung unserer Infrastruktur für erfolgreiches Wirtschaften unerlässlich. Waren, die in Deutschland auf einem Niveau hergestellt werden, wie es kaum ein anderes Land auf der Welt vermag, müssen sicher an die Verbraucher geliefert werden können. Um jene Produkte herstellen zu können, benötigen die Unternehmen in Deutschland grundlastfähige Energie zu moderaten Preisen. Wir treten dafür ein, beide Herausforderungen ideologiefrei und ohne Scheuklappen anzunehmen. Denn beide Aufgabenstellungen sind tief verwoben mit unserem Begriff von Freiheit, die durch das Unternehmertum, die Mobilität und die technischen Entwicklungen erst ihre Entfaltung finden können.

Aufgabe der Politik ist es deshalb, für Investitionen in Verkehrs- und Infrastrukturmaßnahmen zu werben und betroffene Bürger bereits im Vorfeld von Planungen einzubinden, um so zu gemeinschaftlichen, für alle verträglichen Lösungen bestmöglich beizutragen. Wir brauchen ein positives Bewusstsein für Bauvorhaben, die unser Land voranbringen. Den rechtlichen Rahmen für solche Maßnahmen gilt es mit dem Ziel der Verfahrensbeschleunigung zu vereinfachen. In der Güterabwägung müssen sowohl wirtschaftliche als auch ökologische Faktoren, aber insbesondere auch der Nutzen für den Menschen, einbezogen werden.

Unter Infrastruktur verstehen wir auch die soziale Infrastruktur. Darunter fassen wir die medizinische Versorgung, Bildungseinrichtungen sowie kulturelle und sportliche Angebote. Der flächendeckende Erhalt von Sportstätten (Schwimmbäder, Hallen, Bolzplätze und Sportplätze) ist unser Ziel.

20. Ländliche und städtische Räume

Für die Junge Union gilt der Grundsatz, dass die Lebensbedingungen in der Stadt und auf dem Land gleichwertig sein müssen. Deutschlands Stärke liegt in seiner land-

schaftlichen und städtebaulichen Vielfalt. So versteht sich die Junge Union nicht nur als Anwalt der ländlichen Regionen, sondern weiß auch im die besonderen Bedürfnisse der Städte, die es ebenso in der politischen Gestaltung zu berücksichtigen gilt. Zweifellos stellt der demographische Wandel die ländlichen Gebiete unserer Heimat vor besondere Herausforderungen. Gerade junge Menschen auf dem Land brauchen Zukunftsperspektiven, damit die Abwanderung gestoppt wird und keine Region in Deutschland verödet. Der Trend zur Verstädterung ist global, doch liegen seine Gründe hierzulande in deutschen Besonderheiten, die im Zuge wirtschaftlichen Ungleichgewichts als Folge langfristiger geschichtlicher Entwicklungen zu suchen sind. Lösungsansätze sind der Ausbau der Mobilitätswege, ergänzt durch einen bedarfsgerechten und wirtschaftlichen öffentlichen Personennahverkehr. Hinzu kommt der Ausbau der Breitbandverbindungen. Dies macht auch im ländlichen Raum Wirtschaftsinvestitionen attraktiv. Dort, wo in dünn besiedelten Regionen beispielsweise geeignete Kinderbetreuung fehlt, ist der natürliche Weg der Zusammenhalt und die Betreuung in der Familie.

Die soziale und technische Infrastruktur muss gewährleistet sein, wenn die Kulturlandschaft auch abseits der Städte florieren soll. Hierbei ist der Anschluss an Datenverkehrswege ein wichtiger Bestandteil der Grundversorgung, ermöglicht er doch Chancengerechtigkeit und die Möglichkeit zur Partizipation und Information.

21. Landwirtschaft

In der Landwirtschaft setzen wir auf das Leitbild der multifunktionalen und unternehmerischen Landwirtschaft. Die Junge Union hält an der zunehmenden Marktorientierung der heimischer Landwirte fest, setzt jedoch auf den Ausgleich höherer Produktionsstandards gegenüber der Konkurrenz auf den Weltmärkten. Es muss uns gelingen, die europäischen Standards in der Landwirtschaft weltweit zu verankern und Rahmenbedingen innerhalb der Europäischen Union zu harmonisieren, damit kein Ungleichgewicht der Regionen auftritt. Dabei kommt der deutschen Landwirtschaft neben der Pflege ländlicher Kulturlandschaften im Zuge der rasant wachsenden Weltbevölkerung eine strategische Schlüsselrolle zu, da wir uns nicht mehr auf sichere Lieferwege von Lebensmitteln verlassen können. Um die Ernährung der Bevölkerung auch in Krisen sicherzustellen, bedarf es auch des Einsatzes neuer Technologien. Ein ideologiefreier, aber nicht sorgloser Umgang mit grüner Gentechnik ist demzufolge wünschenswert.

Gleiches gilt für uns auch beim Umgang mit ökologischer und konventioneller Landwirtschaft.

Ländliche Räume gewinnen aufgrund ihrer Attraktivität auch immer mehr Bedeutung als Tourismusziel. Wir setzen uns dafür ein, dass dies unter Beibehaltung der gewachsenen Strukturen geschieht und mit Rücksicht auf den landwirtschaftlichen Betrieb. Erlebte Landwirtschaft ist für uns aber auch ein Weg, um die Bedeutung der ländlichen Räume hervorzuheben.

22. Große Städte

Das Zusammenleben in deutschen Großstädten gestaltet sich anders als in der Fläche. Da hier viele Personen auf engerem Raum zusammenleben, hält es die Junge Union für essentiell, Voraussetzungen zu bewahren, zu schaffen oder zu fördern, die dieses Zusammenleben möglichst angenehm und reibungslos ermöglichen.

Großstädte sind in besonderem Maße Ballungsräume verschiedenster Kulturen und Religionen. Durch die bevorzugte Zuwanderung von Migranten in große Städte ist die Herausforderung der Integration dort zumeist anders und größer als in der Fläche. Wir erkennen an, dass für die dortigen Probleme bisweilen andere Lösungen als für die im ländlichen Raum geboten sind.

Die Wohnraumversorgung in Großstädten stellt uns aufgrund der demographischen Entwicklung und Wanderungsbewegungen vom Land in die Stadt sowie zwischen den Städten vor immer größere Herausforderungen. Bezahlbaren Wohnraum im Inneren der Städte sehen wir gerade auch für junge Menschen und Familien als sehr wichtig an. Von staatlicher Seite ist daher der Verknappung von Wohnraum frühzeitig entgegen zu wirken; vor allem durch Anreize für Investoren, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Staatliche Wohnungsbauprogramme hingegen sehen wir als letzte Notlösung an, da sie sich zumeist nicht bewährt haben.

Viele junge Leute ziehen vom Land in die Metropolen. Bei aller Rücksicht auf unsere alternde Gesellschaft müssen große Städte daher mit einer familien- und kinderfreundlichen Infrastruktur ausgerüstet sein. Dazu zählen wir auch familienunterstützende Projekte wie Mehrgenerationenhäuser.

Die Gefahr der Vereinsamung ist durch die stärkere Anonymität in Städten größer als in den ländlichen Räumen. Das immer mehr schwindende Interesse an gegenseitigem Austausch sieht die Junge Union mit Sorge. Daher sprechen wir uns für die stärkere Förderung von gesellschaftlichem Engagement, zum Beispiel in Vereinen und politischen Parteien, aus. Die Junge Union wird auch weiter ihren Teil dazu in den Großstädten beitragen.

Großstädte müssen sicher sein. In den großen Städten ist Kriminalität oft ein besonders großes Problem. Für uns ist es unerlässlich, die Ursachen konsequent zu bekämpfen. Die höheren Kriminalitätsraten in Ballungsräumen dürfen nicht als unveränderbar hingenommen werden.

Insbesondere politisch motivierte Kriminalität stellt ein großes Problem dar. Wir beobachten mit Sorge, wie extremistische Gruppierungen mit Brandanschlägen auf Häuser und Autos oder Hausbesetzungen die Mitbürger immer wieder in Angst und Schrecken versetzen. Für uns ist daher ein hartes und konsequentes Durchgreifen gegen jede Art von Extremismus alternativlos.

23. Epilog

Wir sind stolz auf Deutschland. Auf seine Menschen, auf seine ländlichen Räume, auf seine Städte von Weltrang. Sie machen Deutschland zu dem, was es ist: Einem lebens- und liebenswerten Land, das auf eine reiche Geschichte zurückblickt, ohne die dunklen Schatten der Vergangenheit im kollektiven Bewusstsein auszuklammern. Einem Land, das wir traditionsbewusst unsere Heimat nennen können und in dem wir unsere Kinder großziehen wollen, ohne Angst vor Unfreiheit und Krieg haben zu müssen. In dem wir Politik machen, um die Zukunft generationengerecht zu gestalten. Doch dieses Land will jeden Tag aufs Neue verteidigt werden gegen Kräfte, die unsere Art zu leben verneinen und ablehnen. Deshalb ist es wichtig, dass wir unsere Werte kennen und unterscheiden lernen, was sie so einzigartig und universell macht. Wir werden für diese Werte mit ganzem Einsatz werben. Die christdemokratische und christlich-soziale Überzeugung soll die stärkste und zukunftsprägende politische Idee und Kraft in unserem Land und unserer Gesellschaft sein. Dabei ist es insbesondere unsere Aufgabe, für diesen Gestaltungsanspruch die jüngere Generation zu begeistern. Das können wir nun, wenn wir als politischer Verband die Mehrheit junger Menschen repräsentieren. Und genau das wollen wir erreichen.

Deutschland muss nach den schrecklichen Erfahrungen von Krieg, Terror und Diktatur des 20. Jahrhunderts und den Verbrechen, die in seinem Namen verübt worden sind, eine Stimme der Vernunft und des Ausgleichs in einer zunehmend unübersichtlichen Welt sein. Dabei wollen wir mitwirken, dieser Anspruch spornt uns an. Die Menschenrechte zu wahren und für ihre Wahrnehmung zu werben und sie falls nötig auch zu erkämpfen, gehört zum Selbstverständnis der Jungen Union, dem wir auch weiterhin zu folgen gedenken. Die Herstellung würdiger Lebensverhältnisse in Deutschland, Europa und der Welt haben wir uns auf die Fahnen geschrieben. Mögen uns Gott und das christliche Menschenbild bei dieser Aufgabe leiten.